

## Biographie und Politik

Aber so ein Nobelpreis ist nun auch nicht gleich so ein großartiger Grund zum Jubeln. Die seinerzeit zum Journalismus übergewechselte Marion Gräfin von Dönhoff holte ihr Publikum ganz flink zurück auf den Boden der Tatsachen: „Aber auf Höhepunkten gibt es kein langes Verweilen. Schon im vorangegangenen Jahr waren drei Abgeordnete der FDP zur CDU/CSU übergewechselt (Mende, Zoglmann und Starke), so dass die Regierung Brandt/Scheel nur noch eine Mehrheit von sechs Stimmen hatte. Jetzt, nach der ersten Lesung der Ostverträge im Februar 1972, verließ auch noch der Abgeordnete Hupka, ein Vertreter der Vertriebenen, die SPD und ging ebenfalls zur CDU-Fraktion.

Nun bestand die Mehrheit nur noch aus vier Stimmen. Nach weiteren zwei Monaten entschloss sich noch ein FDP-Abgeordneter, der Bauer Wilhelm Helms, seine Fraktion zu verlassen. Sofort entstanden allerlei Gerüchte über die Motive und Ursachen dieses Wechsels. »Da waren's nur noch zwei«, und diese zwei waren keineswegs sicher, denn es hieß allgemein, Knut von Kühlmann-Stumm und sein Kollege Gerhard Kienbaum würden im Ernstfall ihre Stimme wohl auch nicht mehr der FDP geben.“

Für den Insider 007 Guillaume kam das Ausscheren Hupkas überhaupt nicht überraschend: „Im Januar 1972 folgte nun der nächste Schlag. Nur für Außenstehende überraschend kam er diesmal nicht aus den Reihen der FDP, sondern der SPD. Der Überläufer hieß Herbert Hupka. Dieser SPD-Abgeordnete hatte im Auswärtigen und im sogenannten Innerdeutschen Ausschuss des Bundestages einflussreiche Positionen eingenommen, was wiederum mit Funktionen zusammenhing, die er in revanchistischen Organisationen ausübte. Hupka war Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsident im Bund der Vertriebenen. [Das meinte Winkler mit dem großen Rollentausch.] Bezeichnend für seine Geisteshaltung sind die noch heute gehandelten Bücher, die er geschrieben hat: »Schlesisches Panorama«, »Große Deutsche aus Schlesien«, »Schlesien – ein deutsches Land«. Die Titel sagen genug. [Das tun sie offenbar nicht. Marion Gräfin Dönhoff hat

auch solche tönenden Titel geschrieben wie zum Beispiel „Namen, die keiner mehr kennt: Ostpreußen, Menschen und Geschichte“, „Kindheit in Ostpreußen“ oder „Weit ist der Weg nach Osten“.]

Hupka hielt unversöhnlich an der Programmatik fest, Deutschland zumindest in den Grenzen von 1937 zu restaurieren; Schlesien und die anderen im faschistischen Raubkrieg verlorenen ostdeutschen Provinzen sollten heimgeholt werden ins Reich. Ein solcher Mann konnte natürlich den Kniefall von Warschau nicht hinnehmen, wenn er nicht in den Augen seiner Anhängerschaft das Gesicht verlieren wollte. Willy Brandt hatte sich anlässlich der Paraphierung des Vertrages mit Polen, wenn auch in manchen Punkten halbherzig, so doch schließlich um Verständnis heischend, an die Mitbürger gewandt, die jetzt als ehemalige Umsiedler in der BRD lebten. Ihm selbst, sagte er, sei es schwergefallen, sich mit dem Verlust von einem runden Viertel des ehemaligen deutschen Kulturbodens abzufinden. Und doch entspreche es der Wahrheit, wenn man sage, dass man nicht weggeben könne, was einem nicht mehr gehöre: »Man kann nicht über etwas verfügen, über das die Geschichte verfügt hat.« Deshalb müsse man Schluss machen mit alten Vorbehalten und im Interesse der Versöhnung die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkennen.“

Allerdings fand Brandt Herrn Hupka undankbar: „Von den stimmberechtigten SPD-Abgeordneten war Herbert Hupka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, im Januar '72 zur CDU übergetreten. Sein Mandat auf der Landesliste von Nordrhein-Westfalen war ihm nur zugesprochen worden, weil ich mich für ihn verwandt hatte; meinen Argumenten zur Sache blieb er unzugänglich.“ Das war eine weitere Milchmädchenrechnung, die nicht aufging.

Wem ein Blick auf den Lebenslauf von Herbert Hupka vergönnt war, den wird das auch nicht erstaunen. Im Krieg wurde er wie alle, die nicht gerade Juden waren und umgebracht wurden, zur Deutschen Wehrmacht eingezogen, wo er dann für Deutschland sterben durfte. Das durfte er dann aber letzten Endes auch wieder nicht. Was war denn da schon wieder passiert? „1944 wurde er als wehrunwürdig aus

der Wehrmacht entlassen, weil seine Mutter als sog. Halbjüdin eingestuft und ins KZ-Theresienstadt gebracht wurde. Herbert Hupka galt nach den »Rassengesetzen« als »jüdischer Mischling ersten Grades.«

Wussten das eigentlich die anderen Vertriebenen? Und ich meine jetzt auch nicht die in die arabische Wüste vertriebenen Leute aus Ratibor im schönen grünen Schlesien. Also, ich will es jetzt mal so sagen: denjenigen, die dann bis in den Frühling 1945 hinein alle schon tot waren, denen wird das am Ende ziemlich egal gewesen sein, ob der Herbert ein Jude war oder ein Vertriebener. Die waren ja alle schon tot.

„Er selbst wurde nach einem Kriegsgerichtsurteil und einer Haftstrafe 1944 aus der Armee entlassen und kehrte nach Ratibor zurück.“ Nun habe ich mich mit den Rassengesetzen von 1935 nicht weiterführend beschäftigt, aber wenn ich es richtig verstanden habe, dann hat Hans Globke mit seinen konkretisierenden Kommentaren tatsächlich vielen Menschen das Leben gerettet. Zum Beispiel dem Herbert.

„Seine Mutter überlebte das KZ; so konnten sich die Mutter und der Sohn nach dem Krieg in Theresienstadt treffen.“ Ich möchte nun nicht erfahren, wie seine Mutter danach ausgesehen hat. Aber ich kann mir ausgezeichnet vorstellen, was er in seinem zweiten Leben als Meister der Volksschauspieler von den Deutschen innerhalb und außerhalb Schlesiens hielt.

„Anschließend fuhren beide nach München, wo Hupka Rundfunkjournalist wurde.“ Na, dann ist ja alles klar. Bleibt nur noch zu erwähnen, dass er von seiner Heimatstadt Racibórz (früher Ratibor) inzwischen zum Ehrenbürger ernannt wurde. Dort feierte er dann auch seinen 90. Geburtstag im August 2005. Wie vor ihm auch schon andere alte Kratzbürsten, Adenauer und so weiter und so fort, gab nämlich auch er „im Alter [...] seine alten Positionen dann aber teilweise auf und wurde zu einem bedingten Befürworter einer deutsch-polnischen Annäherung.“ Ist das nicht schön? Deutschland ist einzigartig. Schön.

In einem Nachruf auf ihn fühle ich mich recht heftig an Franz Josef Strauß erinnert: „Wer mit ihm zusammenarbeitete, der lernte seinen frischen und wachen Verstand und seine von außerordentlicher Erfahrung gespeiste Urteilskraft zu schätzen.“ Von unschöner Erfahrung.

Der Franz Josef Strauß konnte sich nur zu gut erinnern, was sein Vater Anfang der dreißiger Jahre über den Weltkriegsgefreiten Adolf Hitler gesagt hatte: „Fast täglich haben wir über die Nazis gesprochen. Hitler, meinte mein Vater, habe recht eigenartige Ideen. Er sei gegen den Versailler Vertrag, für eine bessere Behandlung der Deutschen – vielleicht sei doch etwas an ihm dran. Diese Möglichkeit wurde bei uns zu Hause jedoch nur kurze Zeit erörtert, dann kam die nächste Phase, in der mein Vater endgültig den Stab über Hitler brach. »Was der über die Juden sagt, darf kein Katholik mitmachen. Der ist Judenfeind, und der ist Kirchenfeind.« Von da an war Hitler für meinen Vater nur noch der Verderber und Zerstörer, der Dämon.“

Tauchen wir ein in einen Tag, der *heute* war vor vielen Jahren. Von dem Deutschen Raimund Pretzel stammt diese Erinnerung an seine Jugend: „Um 10 Uhr früh kam am 1. April 1933 ein Telegramm. »Komm bitte, wenn du kannst. Frank.« Ich verabschiedete mich von meinen Eltern, ein bisschen wie jemand, der in den Krieg zieht, setzte mich auf die Vorortbahn, fuhr nach dem Osten [der Stadt Berlin] hinaus zu Frank Landau. Er war mein bester und ältester Freund.

Wir kannten uns seit der untersten Gymnasialklasse. Wir hatten zusammen im »Rennbund Altpreußen« Rennen gelaufen und später in »richtigen« Sportclubs. Wir hatten zusammen studiert und waren jetzt Referendare.

Wir hatten so ziemlich jedes knabenhafte Hobby und jede knabenhafte Schwärmerei gemeinsam gehabt. Wir hatten einander unsere ersten literarischen Versuche vorgelesen, und wir taten dies mit unseren schon ernsthafteren literarischen Bemühungen – wir fühlten uns beide »eigentlich« mehr als Literaten denn als Referendare. In manchen Jahren hatten wir uns tagtäglich gesehen, und wir waren gewohnt, alles miteinander zu teilen – einschließlich sogar unserer

Liebesgeschichten, die wir voreinander ohne das Gefühl der Indiskretion auszubreiten pflegten. In den siebzehn Jahren, die wir uns kannten, hatten wir nicht einen ernsthaften Streit gehabt. Unsere Verschiedenheiten – unter denen die der Abstammung die unbedeutendste war – hatten wir in Jünglingszeiten genießerisch analysiert und hochinteressant gefunden. Sie trennten uns nicht.

Nun also fuhr ich zu ihm hinaus. Sein Vater, bei dem er wohnte, war Arzt und also zu boykottieren. Ich war neugierig, wie alles aussehen würde. Es sah wüst, aber innerhalb der Wüstheit eher harmlos aus. Die jüdischen Geschäfte – es gab ziemlich viele in den östlichen Straßen – standen offen, vor den Ladentüren standen breitbeinig aufgepflanzt SA-Leute.

An die Schaufenster waren Unflätigkeiten geschmiert, und die Ladeninhaber hatten sich meistens unsichtbar gemacht. Neugieriges Volk lungerte herum, halb ängstlich, halb schadenfroh. Der ganze Vorgang wirkte unbeholfen, so als erwarteten alle noch irgend etwas, wussten aber im Moment nicht recht was. Nach öffentlichem Blutvergießen sah es nicht aus. Ich kam auch unbehelligt in die Wohnung der Landaus. »Sie« kamen anscheinend noch nicht in die Wohnungen, stellte ich mit Beruhigung fest. Frank war nicht da. Sein Vater empfing mich statt seiner, ein breiter, jovialer alter Herr. Er hatte sich öfter mit mir unterhalten, wenn ich da war, hatte sich großmütig nach meiner literarischen Produktion erkundigt, Preisgesänge auf Maupassant angestimmt, den er über alles verehrte, und mich mit einer gewissen Strenge genötigt, viele Spirituosen durchzuprobieren, wobei er meine Feinschmeckerschaft gewissermaßen examinierte. Heute empfing er mich beleidigt. Er war nicht verstört, nicht ängstlich. Er war beleidigt. Viele Juden waren es damals noch, und ich beeile mich zu sagen, dass das in meinen Augen außerordentlich für sie spricht. Inzwischen haben die meisten die Kraft dazu verloren.

Sie sind zu furchtbar geschlagen. Es ist derselbe Vorgang, wie er sich, auf ein paar Minuten zusammengedrängt, bei den einzelnen abspielt, die in den Konzentrationslagern, auf Blöcke geschnallt, zu Brei geprügelt werden: Der erste Schlag trifft den Stolz und erzeugt ein wildes Aufbäumen der Seele; der zehnte und zwanzigste treffen nur noch den

Körper und bringen nichts mehr als ein Wimmern hervor. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland hat in sechs Jahren kollektiv und im Großen diese Entwicklung durchgemacht. Der alte Landau war noch nicht zu Brei geschlagen damals. Er war beleidigt – und was mich ein wenig erschreckte, war nur, dass er mich wie einen Gesandten seiner Beleidiger empfing.“ Raimund Pretzel ging nach Hitlers Griff nach der Macht nach England und legte sich auf der Insel den Namen Sebastian Haffner zu.

Und das Leben ging weiter: „Gleich zwei BND-Kontakte der Kategorie III reichten in die SPD-Bundestagsfraktion. Dr. Herbert Hupka, Jahrgang 1915, wurde unter dem Decknamen HUNGER geführt. [Darüber dürfen Sie jetzt nicht nachdenken.] Hupka kam aus dem Journalismus. 1945 hatte er bei Radio München gearbeitet, dann als Leiter der Abteilung Kultur/Erziehung und Ostfragen beim Bayerischen Rundfunk. 1957 stieg er zum Programmdirektor bei Radio Bremen auf. Seine Hausmacht hatte der Politiker jedoch bei den Vertriebenenverbänden. In der Landsmannschaft Schlesien, die er 1948 mitbegründet hatte, übernahm er 1954 den stellvertretenden, 1968 den Bundesvorsitz. Und von 1959 bis 1964 fungierte er überdies als Pressechef des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. 1972 verließ der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen der Ostverträge wegen die SPD, wechselte zur CDU und brachte es dort zum Mitglied im Bundesvorstand der Partei.“ Von der SPD so überzeugt wie von der CDU, und immer an der Front. Nach dem Dutzend Jahren mit Adolf Hitler konnte man vieles nicht mehr für bare Münze nehmen, was einer so im Laufe der Jahre alles gesagt hat. Deshalb wurde dem Altkommunisten Herbert Wehner ja zum Beispiel auch nachgesagt, er hätte „siebenmal ums Haus gedacht“. Wenn das mal reicht.

Er ging also wegen der Ostverträge in die CDU. Sie wissen aber noch, wie Thomas Dehler Gift und Galle brach über diese Truppenteile in Bonn? „Mit patriotischer Verachtung konnte er über Konrad Adenauer und seine elende, katholisch-kleineuropäische CDU sprechen, die es an nationalen Leitbildern fehlen lasse.“

Es war wie in einem ganz schlechten Film: „Doch die Serie der Parteiübertritte hatte Ende Februar 1972 noch nicht ihr Ende erreicht. Die beiden »rechten«, der Industrie nahestehenden FDP-Abgeordneten Gerhard Kienbaum und Knut von Kühlmann-Stumm galten als potenzielle »Überläufer«, ebenso der Münchner SPD-Abgeordnete Günther Müller, der mit der weit nach links gerückten SPD in der bayerischen Landeshauptstadt in Fehde lag.“ Ich bin ja ein ganz großer Freund von Anführungsstrichen. Waren das nun rechte Abgeordnete? Waren das nun Überläufer oder waren das gar keine Überläufer sondern Figuren in einem vor Jahrzehnten abgekarteten Spiel? Warum stehen solche Begrifflichkeiten immer in Anführungsstrichen? Wenn so ein Mensch der einen Partei den Rücken kehrt und in eine konträr orientierte eintritt, dann ist er doch ein Überläufer, ein Renegat!

So wich einer nach dem anderen von Brandt hinfort: „Am Abend der Landtagswahl in Baden-Württemberg, Frühjahr '72, wurde der unmittelbar bevorstehende Parteiwechsel eines niedersächsischen FDP-Abgeordneten angezeigt; in seinem Namen verlautete, dass er gegen die Ostpolitik nicht sei.“ Diese Formulierung erinnert mich doch sehr an die Formulierung des Politikexperten Baring über die Haltung des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Barzel: „Kein kategorisches Nein also zur Brandtschen Ostpolitik, sondern das bekannte Barzelsche *So nicht*, das seine alternative Ostpolitik seit Monaten kennzeichnete.“

So nicht. Sie werden sich ja noch erinnern, wie Rainer Barzel sich nach Arnulf Baring die Geschichte hier weiter vorstellte: Mit Wehner hatte er gut zusammengearbeitet. Saß mit ihm im Bundestagsausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen. In dem Gremium hatte er schon im Mai 1963 ein Referat gehalten, in dem er forderte, „die Realität Ulbrichts zu erkennen“. In dieser Mannschaft waren die Überläufer wirklich gut aufgehoben. Für bessere Zeiten.

## **Einer für alle – alle gegen einen**

„Aus dem Ringen um die Verträge erwuchs der Kampf um den Sturz der Regierung“, schrieb Brandt. „Gerhard Schröder, mein Vorgänger im Auswärtigen Amt und nunmehriger Vorsitzender des Auswärtigen Bundestagsausschusses, machte – auch öffentlich – keinen Hehl daraus, dass es sich eben hierum handelte. Er schrieb zu Beginn des Jahres '72: Das Nein zu den Verträgen unterstreiche »eine notwendige innenpolitische Haltung«.

Dabei hatte er im Jahr zuvor, als er auf Erkundungsbesuch in Moskau weilte, eine durchaus gemäßigte Haltung eingenommen und mir in seinem Bericht den Eindruck vermittelt, er und eine Reihe von Parteifreunden würden uns bei der Ratifizierung keine Steine in den Weg legen. [...]

Auch in der kritischen Rückschau sehe ich nicht, wie die Opposition noch besser hätte unterrichtet werden sollen. Und wenn, es hätte nichts gefruchtet. Ich hatte es – neben aufrechten und seriösen Kollegen – mit Kräften zu tun, die nicht ernsthaft ins Vertrauen gezogen werden wollten. Und nicht darauf verzichten mochten, in heftige, nicht selten böartige Polemik umzusetzen, was sie in vertraulicher Unterrichtung erfahren hatten. Fast alles, was die Opponenten ins Feld führten, war abwegig und nicht einmal an den Haaren herbeigezogen. Wir standen nicht gegen, sondern für das Atlantische Bündnis, zumal – die Entwicklung bestätigte es – wir nur mit den Verbündeten Entspannung in Europa bewirken und den Frieden sichern konnten.

Wir standen nicht gegen, sondern für enge Beziehungen zu den USA. Nicht gegen, sondern für die westeuropäische Einigung und für die enge vertragliche Bindung an Frankreich, der der Charakter der Unverbrüchlichkeit verliehen werden sollte. Wir standen für das Recht auf Selbstbestimmung und für das illusionslose Bemühen um Zusammenarbeit trotz systembedingter grundlegender Unterschiede.“

Ja, der gute Brandt. Der Oppositionsführer, Dr. Rainer Barzel, lieferte ihm eine der schärferen Nummern im harten Ringen um die Verträge. Offenbar war es Brandt zu peinlich, den amerikanischen Präsidenten



zu fragen, ob er wirklich gesagt hat, was Barzel dann im Bundestag herumposaunte: „Und im Januar 1972, nach einer Unterredung mit Kissinger setzte er noch einen drauf: Es sei die Absicht der Sowjetunion, Westeuropa, beginnend mit der Bundesrepublik, zu »finnlandisieren«. Das Schlagwort von der Finnlandisierung war realitätsfremd und gegenüber einem tapferen kleinen Volk beleidigend. Tags darauf sollte Nixon ihm aufgetragen haben: »Wir stehen zu unseren alten Freunden. Bitte grüßen Sie die Herren Kiesinger und Schröder.«“ Kurt Georg Kiesinger war der Kanzler vor Brandt und Gerhard Schröder war der Außenminister vor Brandt. Es ist extrem unwahrscheinlich, dass der amerikanische Präsident in dieser für Amerika so wichtigen Phase der Entwicklung in Europa diese beiden grüßen ließ und den aktuellen Kanzler dabei aussparte. Diese peinliche Formulierung in aller Öffentlichkeit verfehlte aber ganz sicher nicht ihre Wirkung.

Doch Brandt hatte noch mehr Grund, um drüben hinterm Teich mal nachzufragen, was tatsächlich gesagt wurde: „Dass Henry Kissinger sich in meiner Abwesenheit in anderen Nuancen äußerte als in meiner Gegenwart, ist nie belegt, doch oft behauptet worden. [...]

Dass er fand, ich ginge zu schnell und ungeduldig zu Werke, musste erlaubt sein. Er befürchtete nun einmal, die Deutschen könnten in ein altes Fahrwasser deutschen Nationalismus – von Bismarck bis Rapallo? – geraten; eine Furcht, die ihn nicht allein beschlich und die ich doch für unbegründet hielt und halte. Doch im Wesentlichen waren wir für Kissingers Geschmack zu selbstständig; er hätte uns gern an kürzerer Leine gehalten.“ Die Deutschen sollte man auch an einer ganz kurzen Leine halten. Das beweisen schon vierzig Jahre Existenz einer „BRD“.

„Noch länger zu zögern hätte nicht nur außenpolitische Scherben angehäuft, sondern auch innenpolitische Schäden angerichtet. Die Enttäuschungen waren ohnehin groß und die Gratwanderungen schwierig; der Extremistenerlass vom Januar '72 diene der Illustration. Seine Handhabung wurde einem Stück des absurden Theaters entlehnt.“ Brandt meinte dazu außerdem: „Dass im Zeichen einer hart umkämpften äußeren Politik die inneren Frontlinien nicht verwischt

werden durften, war eine naheliegende Einsicht; dass die Öffnung gegenüber dem Osten keine Öffnung gegenüber dem Kommunismus im Gefolge haben würde, musste – ob es einem gefiel oder nicht – noch einmal und noch einmal betont werden, bis schließlich Worte nicht mehr reichten. Der Extremistenerlass ist ohne die Ostpolitik und die Schlacht, die um sie geführt wurde, nicht zu verstehen.“

Es lohnt sich, in Rudolf Augsteins Vorwort zu den *Spiegel*-Gesprächen mit dem politischen Außenseiter Brandt zu lesen, was von ihm blieb: „Mehr als zehn Jahre kann ein Spitzenpolitiker das Geschehen nicht mehr verantwortlich überblicken. Die Frist wird immer kürzer. Das war auch bei Willy Brandt nicht anders. Er hat den Radikalenerlass mit zu verantworten. Der Fall Guillaume war dann 1974 nur der Auslöser für seinen Rücktritt.“ Kurz und präzise zusammengefasst. Allerdings begann die Frist der meisten Eingeweihten bereits im Jahr 1945, und wenn sie nicht gestorben sind, waren sie über Jahrzehnte am Drücker, wie es ja auch dem Briten Timothy Garton Ash aufgefallen war. So klang das 1972 praktisch: „Der Industrielle und Mäzen Kurt A. Körber war am 25. Februar 1972 im Bundestag höchst erstaunt, nach der scharfen Attacke Schröders auf die Neue Ostpolitik (der Unionspolitiker hatte sich mehr und mehr zu ihrem Gegner entwickelt, weil er auf ein Scheitern der Koalition, ein Auseinanderbrechen der FDP und dann ein Bündnis der CDU/CSU mit konservativen Liberalen spekulierte und für diesen Fall seine eigene Position innerhalb der Union auszubauen versuchte) ihn und den heftig von ihm angegriffenen Scheel entspannt und heiter im vertraulichen Gespräch beim gemeinsamen Mittagessen am Nebentisch im Parlaments-Restaurant zu entdecken. In einem Augenblick, in dem die politische Polarisierung das Land in zwei verfeindete Lager auseinanderzureißen drohte, gingen die beiden Außenminister, der frühere und der amtierende, jener aus der Führungsgruppe der jetzt oppositionellen CDU, dieser der Vorsitzende der mitregierenden FDP, weiterhin wie zwei alte Freunde miteinander um.“ Vereinigungsfans hingegen wurden von den Eingeweihten mit demokratischen Mitteln allmählich aus den wichtigen Gremien aussortiert. Demokratie *light*.

Über die erfolgreiche „deutschlandpolitische“ Zusammenarbeit mit Erhard Eppler aus der *SPD* spricht nun zu uns Richard von Weizsäcker aus der *CDU*: „In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre konzentrierte sich meine ost- und deutschlandpolitische Tätigkeit auf eine aktive Mitarbeit in der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Diese Kammer ist die politische Beratungskommission des Leitungsorgans der EKD, des Rats. Professor Ludwig Raiser war Vorsitzender der Kammer, ich sein Stellvertreter. Diese Kammer hatte schon 1965 die berühmt gewordene Ostdenkschrift der EKD verfasst. 1967 bis 1969 arbeitete die Kammer eine zweite Denkschrift über die »Friedensaufgaben der Deutschen« aus, und zwar gemeinsam mit der parallel arbeitenden Kammer der Evangelischen Kirchen in der DDR. Diese Denkschrift haben im Wesentlichen der damalige Bundes-Entwicklungshilfe-Minister Erhard Eppler und ich verfasst. [...] Daher veröffentlichte ich 1972 einen längeren Beitrag zur Analyse und zu den Aufgaben der Deutschen im Ost-West-Verhältnis. Es war Bischof Hermann Kunst wegen seiner unvergleichlichen Gabe gewidmet, in der Evangelischen Kirche zugleich als motorische Kraft und für Nüchternheit zu wirken.“

Aus seinem längeren Beitrag möchte ich nur einige kürzere Passagen wiedergeben: „Wenn wir die Teilung Deutschlands für die von ihr betroffenen Menschen erträglicher machen wollen, brauchen wir einen Modus vivendi mit den östlichen Nachbarn, müssen wir also die bestehende Lage der Teilung hinnehmen. [...] Bei solchen Verhandlungen dürfen wir auch nicht unsere Kraft überschätzen. [...] Wir können auch nachträglich nicht mit politischen Mitteln die durch den Zweiten Weltkrieg entstandene reale Gebietslage und Machtsituation wieder verwandeln. Schon Adenauer war in den letzten Jahren seines Lebens von dem Gedanken beherrscht, ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion zu gewinnen. [...] Aber bei aller Übereinstimmung im Ziel ist der Streit über den gewählten Weg in der Vertragspolitik alsbald offen entbrannt. Die wesentlichen Punkte der Kritik sind die folgenden:

a) Den Verträgen und den zwanzig Kasseler Punkten [1970] haftet eine gefährliche Zweideutigkeit an. Vom Modus vivendi ist die Rede, also von einer vorläufigen Lösung, die eine endgültige in der Form eines Friedensvertrages vorbereiten soll. In Ost und West aber versteht man die Verträge gerade als die erreichbare Form von Endgültigkeit, welche an die Stelle von Friedensverträgen tritt. Die deutsche Frage soll offen bleiben, so sagt die Bundesregierung. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR komme nicht in Betracht. [...]

Faktisch aber versteht man nicht nur in Moskau, sondern auch in Paris die Verträge als den entscheidenden Schritt dazu, die deutsche Frage nicht offen zu lassen, sondern lautlos zu schließen.

Der französische Präsident Pompidou hat öffentlich erklärt, es gebe keinen Grund, die Deutschen dafür zu tadeln, dass sie eine Politik der Anerkennung der DDR betrieben, ohne Rücksicht darauf, welchen Namen sie dieser Politik gäben.

Noch deutlicher kann man die Diskrepanz zwischen tatsächlicher Richtung und Bezeichnung der Politik kaum charakterisieren. Die völlige Freigabe der internationalen Beziehungen der DDR ist prinzipiell zugestanden. Nicht das Ob dieser Freigabe ist noch fraglich, sondern nur noch das Wann, abhängig vom Fortschritt der innerdeutschen Verhandlungen. Für diese praktischen Fortschritte aber wird die Zusammenarbeit mit der Ostberliner Regierung im Wege völkerrechtlicher Verträge gesucht. Dies wird sich auf die Dauer kaum mit dem Gelöbnis der Nichtanerkennung verbinden lassen.

Und wenn erst einmal zwei deutsche Staaten in die UNO eintreten, was die Bundesregierung nach ihren Erklärungen in Kassel, in Moskau und Oreanda ja unterstützt, dann werden diese beiden Staaten dort normale Mitglieder wie alle anderen auch sein. Niemand wird uns daran hindern, wenn wir dann noch an einem Begriff der Einheit der Nation im Sinn der Kulturnation festhalten wollen. Zugleich aber wird kein Staat der Welt daran zweifeln, dass die deutsche Nation im Sinne eines staatlich-politischen Einheitsziels verschwunden sein wird.

Die Bundesregierung spricht indes nach wie vor davon, dass die Herstellung der staatlichen Einheit der Nation ihr Ziel sei, und zwar nicht

nur ihr Fernziel. [...] Dennoch geht ihre Außenpolitik, ob gewollt oder nicht, den klaren Weg der Veränderung.

b) In diesen Zusammenhang gehört der Entschluss der Bundesregierung zum Alleingang in der Ost- und Deutschlandpolitik. Sie hat ihre Regierungserklärung und das sogenannte Bahr-Papier, die beiden entscheidenden Grundlagen der Vertragspolitik, ohne irgendeinen Konsultationsversuch mit der Opposition gemacht. [...] Eine solide Deutschland- und Ostpolitik ist auf der Basis des Alleingangs langfristig nicht möglich. [...]

d) Der letzte wesentliche Streitpunkt bezieht sich auf die Folgen der Verträge für die innerdeutschen Beziehungen. Ursprünglich hatte es so bei der Regierung Brandt geklungen, sie betrachte es als das Kernstück ihrer Vertragspolitik, die Menschen, die von der Teilung in Deutschland betroffen sind, selbst die Vertragsentspannungsschritte spüren zu lassen. Das erweckte den Eindruck, als würden die innerdeutschen Beziehungen zum Gegenstand der Ostverträge gemacht. Dann aber hat sich die Regierung einer anderen Reihenfolge verschrieben. Erst sollen die Ostverträge in Kraft treten. Als ihre Folge für die Menschen werden günstige Auswirkungen auf die anschließenden innerdeutschen Verhandlungen erwartet. Dem steht auf der anderen Seite die Befürchtung gegenüber, dass der nötige Druck und das Interesse des Ostens an Konzessionen am innerdeutschen Verhandlungstisch verschwunden sein würden, wenn die Ostverträge unter Dach und Fach sind. Die Gefahr besteht, dass die Bundesregierung dann nur noch einen Vertrag zur Regelung der Rechtsbasis für den Beitritt zweier deutscher Staaten in die UNO wird schließen können, ohne zugleich verbindliche Fortschritte für die Freizügigkeit von Menschen, Ideen und Informationen zu erzielen. [...] Der außen- und ostpolitische Streit in Bonn ist groß, größer eigentlich, als er dem relativ geringen Bewegungsspielraum der Deutschen in einer zusammenwachsenden Welt entspricht. Denn jede deutsche Regierung wird sich nach dem generellen Trend der Welt- und Ost-West-Politik zu orientieren haben; nicht aber werden die deutschen politischen Weichenstellungen die Ursache für diesen generellen Trend sein.“ Richard Nixon hingegen hatte explizit erklärt, der Schlüssel für Europa liege in Deutschland.

„Gerade wegen der Gefahr der gesinnungsmäßigen Polarisierung halte ich die bewusste und gewollte Preisgabe der Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik im Deutschen Bundestag für ein zu großes Risiko in unserer Außenpolitik. [...] Im offenen Kampf um den richtigen Weg findet das Gemeinwesen noch immer am besten zu sich selbst. Für die Mehrzahl der politischen Aufgaben ist diese Auseinandersetzung nützlich und verträglich. Aber für die Folgen der Teilung Deutschlands ist das politische und emotionale Risiko einer dauernden Polarisierung zu groß. Denn sie bestärkt nicht nur auf gefährliche Weise die Tendenz zu Gesinnungskriegen, sondern sie verführt zu Unklarheiten im Verfassungsrecht, zur unaufrichtigen Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer Regierungspolitik und schließlich auch noch zur Vertiefung der Uneinigkeit auf Gebieten, auf denen Einigkeit möglich wäre, wie etwa auf dem der westeuropäischen Integration und gesamt-europäischen Kooperation; den beiden großen Themen, in deren Rahmen allein sich langfristig eine Antwort auf die deutsche Frage finden lässt.

Aufgabe der Kirche wird es niemals sein, eine politische Grundlinie zu konkretisieren oder gar den Politikern ihre Verantwortung abzunehmen. Aber die Kirche wird an der Sache bleiben müssen, mit der sie sich in den sechziger Jahren so intensiv und öffentlich beschäftigt hat. Sie kann und muss sich gegen Auswüchse in der politischen Debatte zur Wehr setzen, so wie sie es etwa durch die ostpolitische Resolution der EKD-Synode getan hat. [...] Die CDU/CSU-Opposition im Bundestag, die den Gang der Vertragsverhandlungen mit scharfer Kritik begleitet hatte, verfügte im Parlament aber über genau die Hälfte aller Stimmen. Sollte sie gemäß ihrer bisher geäußerten Kritik die Ratifizierung scheitern lassen? [...] Es kam auf jede Stimme an. Ich war damals deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. [...] In dieser Situation veröffentlichte ich am 18. April 1972 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* den folgenden Artikel.

Sein Ziel war, dem Ausgleich einen Schritt näherzukommen und einen kleinen Beitrag zu leisten, um eine schwere Krise der außenpolitischen Lage unseres Landes zu vermeiden.“

Unter dem Datum des 18. April 1972 veröffentlichte Richard von Weizsäcker diesen Artikel, aus dem unter anderem hervorgeht, dass Paris wenige Jahre nach Moskau auch begann, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden: „Frankreich etwa hofft auf baldigen Beginn einer Sicherheitskonferenz und befürchtet Verzögerungen, wenn die Verträge nicht alsbald ratifiziert werden. [...]

Eine wichtige Rolle spielen schließlich die Stimmungen im Ausland gegenüber Deutschland. Trotz des Briefes zur deutschen Einheit und mancher zu Hause gemachten Vorbehalte hat Brandt seine Vertragspolitik so eingeleitet, dass man sie als die vielfach erhoffte und doch nicht wirklich erwartete Bereitschaft der Deutschen verstand, Teilung und Grenzen einschließlich der DDR-Grenzen zu akzeptieren. Was alle dachten, sprach Georges Pompidou mit Genugtuung öffentlich aus: Man habe keinen Grund, den Deutschen dafür böse zu sein, dass sie sich zu einer Politik der Anerkennung der DDR entschlossen hätten. Das ist der Hauptgrund dafür, dass man draußen die Deutschen wegen ihres Friedenswillens lobt. Und nun soll das durch Nichtratifizierung plötzlich alles nicht mehr wahr sein? [...] Also war der Friedenswille der Deutschen nur ein Zwischenspiel? Also werden sie die Gelegenheit verpassen, ihre moralische Reifeprüfung zu bestehen? [...] Wir haben allen Anlass, den Russen jeden Grund zu nehmen, sich irgendwie bedrängt oder bedroht zu fühlen. – Freilich, wir liefern auch keine derartigen Anlässe. Das weiß jeder vernünftige Politiker in Ost und West. Es gibt keine politisch relevante Gruppe, vor deren nationalistischem Aberwitz und Revanchedurst man sich im Osten schützen müsste, und mögen einige Extremisten noch so unverantwortliches Zeug reden.“

Dann sind die Hohen Richter des Bundesverfassungsgerichts, die 1975 festlegten, dass das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 auch weiterhin existiert, ebenfalls zu den Extremisten zu rechnen? Ich will doch hoffen, die Herrschaften bekamen umgehend ein Berufsverbot! Wie meinen Sie das: natürlich nicht? Aber, wenn diese Extremisten so ein unverantwortliches Zeug in ihre Urteilsbegründungen schrieben?

„II. Auf die Dauer kommt es freilich weniger darauf an, ob die Deutschen bequem und beliebt sind, sondern ob der Prozess der Entspannung gesicherte Fortschritte macht. Dieser Prozess hat größere und ältere Ursachen als die Vertragspolitik Brandts.“ Lässt sich das auch spezifizieren? Ich habe bei meinen Recherchen noch nichts zu einer Bemühung um Entspannung vor Brandt gefunden. „Gerade wenn wir sagen, dass Freiheit wichtiger als nationale Einheit ist, dass sich letzten Endes also über DDR und Grenzen reden lässt, gerade dann bedarf es Zug um Zug mit einer die Grenze behandelnden Vereinbarung auch der gesicherten Abrede über Freizügigkeit in Stufen für die Deutschen in der DDR. Die Osterreisen waren für die Menschen eine große Sache. Aber nur verbindliche Zusagen vor der Ratifizierung, dagegen nicht bloße Hoffnungen für die Zeit danach, berechtigen uns zur Annahme, dass uns eine bessere innerdeutsche Zukunft bevorstehe.“ Hören Sie die altbekannte *Österreich-Lösung*? „Zug um Zug, das würde auch zum inneren Schutz unserer freiheitlichen Ordnung, und das heißt hier, zur langfristigen unerlässlichen Wiederannäherung der politischen Kräfte unseres Landes in der Außen- und Deutschlandpolitik beitragen. Heute sagt die Regierung der eigenen Bevölkerung, sie akzeptiere die deutsche Teilung nicht, obwohl ihre Politik genau darauf hinausläuft, obwohl dies im gesamten Ausland auch genauso verstanden wird, obwohl das Lob des Auslandes für die Brandtsche Politik auf eben diesem Verständnis beruht, und obwohl sich Brandt vor der eigenen Bevölkerung gerade auf dieses Lob ständig beruft. Diese Zweideutigkeit könnte auf die Dauer nicht ohne schädliche Folgen bleiben. Die innere Polarisierung schwächt langfristig unfehlbar beide, Regierung und Opposition, wer es auch jeweils sei, entweder in der Aufrichtigkeit oder im Realismus ihrer Positionen. Nur zusammen lässt sich nüchtern prüfen und ausprobieren, ob es denn wahr ist, dass wir die Teilung für die Menschen wirklich dadurch erträglich machen können, dass wir sie hinnehmen. So dagegen, wie die Regierung den Moskauer Vertrag heute interpretiert, wiegen die Risiken einer Ratifizierung langfristig schwer.“



III. Bleibt unser Verhältnis zu Polen. Polen hat den Krieg auf der Seite der Sieger beendet, aber als einer der großen Verlierer. Die Leiden von Krieg und deutscher Besatzung, die Opfer an Menschen und Gütern und schließlich die zunächst ungesicherte Zwangsverschiebung nach Westen, das alles war schon schwer genug. Schwerer aber wiegt, dass dieses nationalbewusste und stolze, dieses kultivierte und europäische Volk seine Unabhängigkeit nachhaltig eingebüßt hat. Wer die polnische Geschichte kennt, versteht die Wirkung dieser Lage ohne weitere Worte. Polen kann und will keine Machtpolitik betreiben. Es will Sicherheit und das erreichbare Maß an Eigenständigkeit. Es will wirtschaftliche, kulturelle und menschliche Brücken auch zum übrigen Europa. Und es sucht im vollen Sinn des Wortes Respekt der anderen, vor allem der Deutschen, vor seiner Lage, in die es hineingezwungen worden ist und die niemand ohne Gewalt ändern kann. Das wiegt heute politisch schwerer als alles andere. Daran ändert auch das namenlose Elend nichts, welches Millionen unschuldiger Deutscher durch Vertreibung aus der angestammten Heimat erlitten haben. Die ganze Welt sieht es so. Für alle und nicht zuletzt für unsere Verbündeten ist die Oder-Neiße-Grenze eine längst endgültig geregelte Frage.“

Siebenundzwanzig Sommer nach der Stunde Null wagte also Richard von Weizsäcker, der grazile Vorturner der CDU, nun den *Salto mortale*. Fast drei Jahrzehnte war den Leuten verkauft worden, die Politik der Bundesregierungen führe zu einer Wiedervereinigung mit den lieben Brüderchen und Schwesterchen im Osten, und 1972 hievte der Edle nun auch die Wählerinnen und Wähler der Unionsparteien auf das Pferd einer Anerkennung der DDR, natürlich mit dem Hinweis auf die übermächtige Weltverschwörung gegen Deutschland. Er sagte jedoch nicht dazu, dass die Franzosen wie auch alle anderen schon seit vielen Jahren vergeblich auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Bonn gewartet hatten, und sich nun mit der Anerkennung der DDR zufrieden gaben, um den Sprengstoff aus der sensiblen Lage an dieser Nahtstelle des Kalten Krieges in Europa herauszunehmen.

## Ein Modus vivendi für den Status quo

In *Lechner's Fremdwörterbuch* wird der *Modus vivendi* als Verständigung erklärt, wie man sich trotz gegensätzlicher Ansichten oder Interessen vertragen kann. Weiß man, wie ein Begriff gemeint ist, weiß man auch, wie man ihn verstehen muss. Was aber, wenn er von den einzelnen Autoren unterschiedlich verwendet wird? Dann gibt es ein Problem.

Von einem *Modus vivendi* war in den frühen Jahren der BRD die Rede, um das Publikum über die vorübergehende Existenz von zwei Staaten in Deutschland hinwegzutrusten. Bezeichnen wir das als Deutung A<sub>1</sub>. A für Adenauer-Lösung. Konrad Adenauer sprach von seinem genau definierten und begrenzten Zeitraum von fünf oder zehn Jahren oder auch von einer Österreich-Lösung schon Ende der fünfziger Jahre. Sein Kollege Genscher von der FDP sprach seinerzeit von einem zeitweisen Nebeneinander der getrennten Teile Deutschlands, was sich inhaltlich davon sicher nicht unterschied. Der erste Autor, der so eine „Lösung“ empfahl, könnte Karl-Georg Pfeleiderer gewesen sein. Er hatte von der Bundesregierung schon im Jahr 1952 „ein geregeltes Nebeneinander“ mit der DDR „gefordert“.

Ein halbes Jahr nach dem Mauerbau hinterließ Golo Mann in *Die Zeit* einen verdammt zukunftsweisenden Aufsatz, „der eine Ost-West-Politik des friedlichen Nebeneinanders empfahl. Dieser Beitrag gab den Anstoß für eine Denkschrift zur »schwierigen Lage der Nation«, die Wolfgang Schollwer, außen- und deutschlandpolitischer Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, verfasste. Es war das Plädoyer für eine *modus-vivendi*-Politik, die im Ansatz schon Pfeleiderer angeregt hatte.“ Im selben Sinne äußerte sich nach dem Mauerbau auch Haffner.

Inzwischen wurde aber für eine andere Lösung mobil gemacht. Schon am 2. Juli 1970 hatte Walter Scheel aus der FDP-Führung gesagt: „Was dafür zu kriegen ist, ist weg; dafür ist nichts zu kriegen. Ich habe nicht etwa Forderungen an irgend jemanden zu stellen. Das ist hinüber. Das hat der letzte Krieg aufgebraucht.“ Und dann sagte er weiter: „Es geht

in der Tat nur noch darum, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges »in einer für uns günstigen Form [...] als Modus vivendi um der Sicherheit willen zu stabilisieren«.“ Hier wird schon die dauerhafte Existenz von zwei Staaten in Deutschland als Modus vivendi bezeichnet. Wir wollen das als Deutung A<sub>2</sub> bezeichnen. Von Scheel wird explizit verneint, dass für die Anerkennung der Teilung an Oder und Neiße die Vereinigung an der Elbe zu bekommen sein könnte. Und Richard von Weizsäcker formulierte im Jahr 1972: „Wenn wir die Teilung Deutschlands für die von ihr betroffenen Menschen erträglicher machen wollen, brauchen wir einen *Modus vivendi* mit den östlichen Nachbarn, müssen wir also die bestehende Lage der Teilung hinnehmen.“

Nun hatten die Alliierten seit 1945 in der Tat gefordert, die Teilung an Oder und Neiße anzuerkennen. Wollen wir das als die Deutung B<sub>1</sub> bezeichnen. Doch bei von Weizsäcker wurde es hier unübersichtlich. Welche Teilung wollte er erträglicher machen? Doch wohl die an Elbe und Werra. Die Teilung an Oder und Görlitzer Neiße trennte ja zwei fremde Völker. Welchen Modus vivendi hatte er folglich im Blick? Er führte keinen Geringeren als den französischen Präsidenten ins Feld, um zur Anerkennung der DDR – natürlich nur bis zum einstigen Abschluss eines Friedensvertrages aufzufordern, eines Vertrages, der von Bonn seit den fünfziger Jahren immer wieder verhindert wurde. Also schwenkte der Mann säuselnd auf eine ganz andere Argumentation um und fuhr an dieser Stelle fort: „Wir können auch nachträglich nicht mit politischen Mitteln die durch den Zweiten Weltkrieg entstandene reale Gebietslage und Machtsituation wieder verwandeln.“ Er fügt der real entstandenen Gebietslage das Wort „Machtsituation“ hinzu und spielt sanft auf die Existenz der Sowjetunion an. Der Modus vivendi klingt jetzt ganz anders. Nun bezeichnet „die bestehende Lage der Teilung“ auf einmal die Teilung des Landes mitten im Harz, und plötzlich hat er aus der Deutung B<sub>1</sub> die Deutung A<sub>2</sub> generiert. Mit geschickten Worten überzeugte er also das Publikum von Adenauers Ziel: „ein westliches Deutschland ohne die ungeschickte Übergröße des Bismarckreichs, einen Staat von »europäischem Normalformat«“; das war die dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung.

Unter seinem Punkt a) hatte er geschrieben: „Den Verträgen und den zwanzig Kasseler Punkten [vom Frühjahr 1970] haftet eine gefährliche Zweideutigkeit an. Vom Modus vivendi ist die Rede, also von einer vorläufigen Lösung, die eine endgültige in der Form eines Friedensvertrages vorbereiten soll.“ Da hatte das clevere Duo Bahr/Brandt also die fünfundzwanzig Jahre Hinhaltenaktik vom Warten auf einen Friedensvertrag wörtlich genommen und ihre Verträge mit den Ländern Ost-Europas jetzt als Vorstufe zu einem Friedensvertrag gedeutet. Gott bewahre. An dieser Stelle konterte der Richard: „In Ost und West aber versteht man die Verträge gerade als die erreichbare Form von Endgültigkeit, welche an die Stelle von Friedensverträgen tritt.“ Mit der Kritik hält der Edle auch nicht hinterm Berg: „Die deutsche Frage soll offen bleiben, so sagt die Bundesregierung. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR komme nicht in Betracht.“

Die Bundesregierung sagte das nicht. Bahr und Brandt sagten das. Und es machte dem Maestro auch überhaupt nichts aus, den beiden 1972 ihre vorläufige Lösung zum Vorwurf zu machen. Hier forderte er noch, die bestehende Lage der Teilung hinzunehmen, und ein Jahr später, nachdem Dummi Brandt „seinen“ Grund(lagen)vertrag unterschrieben hatte, rief Strauß das Bundesverfassungsgericht an, das festzustellen hatte, dass die deutsche Frage eben gerade offengehalten worden war.

Besonders kunstvoll dirigierte Ex-Kanzler Helmut Schmidt später sein Publikum zur Lösung A<sub>2</sub>: „Die Bundesrepublik ist – anders als Italien, Frankreich, England, Holland oder Dänemark – kein Nationalstaat, sondern der Staat nur eines Teiles der Nation. Daraus resultiert der in der deutschen Nation besonders stark ausgeprägte Wille zu“, na, wozu führte der besonders stark ausgeprägte Wille in der deutschen Nation? Denken Sie jetzt bloß nicht falsch. Daraus resultierte nicht der Wille zu einer Vereinigung; nein, daraus resultierte nach Helmut Schmidt der Wille zu „einem Modus vivendi mit der Sowjetunion, um wenigstens die Lebensumstände der östlich der Trennlinie lebenden Menschen so erträglich wie möglich zu gestalten“.

Da in Ost-Europa nicht verstanden wurde, dass Brandt zu jenen passte wie der Fisch zum Fahrrad, musste man die Wortklauberei der Jahre von 1970 bis 1989 dort selbstverständlich als bedrohlich empfinden. Tröstlich ist nur, dass auch die klugen Bundesbürger nicht verstanden haben, dass ihr geliebter Willy nicht wegen der von ihm geliebten Frauen das Feld räumen musste; und getrunken haben ganz bestimmt auch andere Demokraten in Bonn. Die Argumentationen Scheels und von Weizsäckers mussten jedoch ganz sicher nicht auf die Deutung  $A_2$  hinauslaufen. Wenn diese überwältigende Vernunft in ihren Worten von ihren Adressaten akzeptiert wurde (1970 ja auch noch von Helmut Kohl), dann ließen sich ihre Adressaten gewiss auch von der Lösung  $B_1$  überzeugen, meinen Sie nicht?

In der DDR und in Ost-Europa wich mit dieser Wortklauberei freilich nicht die Angst vor einem Versuch der NATO, „die durch den Zweiten Weltkrieg entstandene reale Gebietslage und Machtsituation wieder [zu] verwandeln“. Als ich schon studierte, hörte sich das 1984 so an: „Wenn in diesen Tagen führende Repräsentanten der BRD erklärten, sie stünden zu den abgeschlossenen Verträgen ohne Wenn und Aber, sie würden die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa anerkennen, dann nehmen wir das zur Kenntnis. Die Praxis wird zeigen, ob damit die bisher anzutreffende Doppelbödigkeit beendet wird, die Verträge zum »modus vivendi« zu relativieren und so die Unterschrift der BRD zu entwerten.“ Modus vivendi wird hier entweder in der Deutung  $B_1$  oder gar  $B_2$ , Deutschland in den Grenzen von 1937, abgelehnt. Und was war mit dem *Status quo*? „Dennoch bleibt Deutschland nach dem Krieg die neuralgische Stelle, wenn auch nicht mehr wegen seiner Politik, sondern weil es zwischen den Blöcken geteilt war und weil es immer noch Deutsche gab, die den Status quo nicht anerkannten, sondern der Präambel des Grundgesetzes folgend es als ihre Aufgabe ansahen, die Teilung zu überwinden.“ Immer noch klingt auf jeden Fall nach einer gehörigen Verwunderung darüber, dass sich zwei Jahrzehnte nach dem Abstellen dieses Grundgesetzes im grauen Bücherregal überhaupt noch jemand darum scherte, was dort stand.

## **Das konstruktive Misstrauensvotum**

Nun wurde es höchste Eisenbahn, dass ein Kanzler Brandt endlich vom Throne geholt wurde, zeitigte doch seine uneinsichtige Außenpolitik inzwischen sogar bereits Auswirkungen auf das Ausland und drohte den Kalten Krieg abzuwürgen. Genscher, der dann an vorderster Front stand, als es letztlich gelang, Brandt zu vergraulen, konnte sich nur zu gut an diese schlimme Phase erinnern: „Noch zu Beginn der siebziger Jahre hatten sich amerikanische und europäische Entspannungspolitik gegenseitig gestützt. Ja, man konnte sogar sagen, dass die bilaterale Ostpolitik von SPD- und F.D.P.-Koalition den Entspannungsdiallog der Supermächte erleichterte; die Ratifizierung unserer Ostverträge im Mai 1972 begünstigte den amerikanisch-sowjetischen Gipfel im selben Monat.“ Doch Bonn harrte ganz selbstverständlich nicht der Dinge, die da auf den Kalten Krieg zukamen. „Dafür haben dann die CDU/CSU-Politiker Franz Josef Strauß, Werner Marx und Alfred Dregger auf der Grundlage der Informationen und Ansichten des BND versucht, ihre Chinabesuche in den siebziger Jahren für die Belastung der Entspannungspolitik auszunutzen.“

Als Genscher dann endlich selbst zum Außenminister wurde, war mit der Entspannung selbstredend ganz geschwind Schluss. Schmidt und er sorgten dann in harten Auseinandersetzungen dafür, einen NATO-Raketenbeschluss zu erzwingen, der nicht die Abrüstung vorantrieb, sondern dem Wettrüsten Flügel verlieh. Aber Genscher hat das hier so richtig einfühlsam geschrieben – unsere Ostverträge. Na ja. Doch noch sind wir im Jahr 1972.

Nachdem das Mobbing der vergangenen zwölf Jahre den Willy von der Waterkant nicht verscheuchen konnte, wurde nun der Morgenstern aus der Truhe geholt. Beim ersten Versuch, den Mann endgültig abzuschalten, wurde ein konstruktives Misstrauensvotum bemüht. Da hat der Bundeskanzler noch frohlockt: „Bevor ich auf einige Ostertage nach Sardinien flog, hatte ich Scheel geschrieben: »Freund Barzel scheint wegen eines Misstrauensvotums sehr zu zögern, denn er muss

ja damit rechnen, dass ihn einige der eigenen hereinlegen könnten.« Eine innere Stimme signalisierte mir, ohne bestimmte Hinweise und trotz Scheels Pessimismus, dass Barzel kein Erfolg beschieden sein würde. Der damalige Schatzmeister meiner Partei, Alfred Nau, der mutige Antinazi, der mein uneingeschränktes Vertrauen besaß und der entgegen seinem »Image« keineswegs nur mit der Parteikasse, sondern auch mit vielfältigen politischen Kontakten, vor allem in die Wirtschaft hinein, befasst war, hatte mir beiläufig gesagt, er glaube, dass alles gutgehen werde. Ich hatte und habe keinen Grund, dem eine geheimnisvolle Bedeutung zuzumessen.“

Absprachen trafen die Gegner der großdeutschen Fraktion nicht nur, wie bereits gesehen, auf einer Straße oder im Wald, sondern nach Arnulf Baring durchaus, wenn es nötig war, auch schon mal auf einer Treppe: „Noch wenige Tage vorher, am 19. April war nichts entschieden gewesen. Zwar hatte Barzel den eigenen Leuten immer wieder gesagt: Einmal müsse man es in dieser Legislaturperiode probieren. Man könne nicht immer den Mund spitzen, ohne zu pfeifen, dürfe nicht nur bellen, sondern müsse auch beißen! Doch er war mit sich selber lange nicht im Reinen, wusste nicht, ob er es wirklich wagen sollte. Er suchte den Rat Älterer, Erfahrener.

Anlässlich eines Zusammenseins führender Unionspolitiker, zumal der älteren Generation, am fünften Todestag Konrad Adenauers in Rhöndorf fragte Barzel auf der Treppe, die zum Wohnhaus des ehemaligen Bundeskanzlers hinaufführt, Eugen Gerstenmaier und Heinrich Krone, was sie eigentlich vom Gedanken eines konstruktiven Misstrauensvotums hielten; ob man diesen Schritt ihres Erachtens unternehmen solle. Beide bejahten dies deutlich. [...]

Noch in der Nacht vom 23. zum 24. April 1972 rief Franz Josef Strauß bei ihm an und drängte den CDU-Vorsitzenden: Jetzt müsse gehandelt werden. Strauß selbst sowie der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Richard Stücklen, waren in den Tagen zuvor auf einem niederösterreichischen Schlossgut mit mehreren FDP-Abgeordneten zusammengetroffen, um die Aussichten eines Regierungssturzes wäh-

rend der Haushaltsdebatte zu erkunden. Sie hatten dabei festgestellt, dass es vonseiten der FDP durchaus klappen konnte.“

Klappen hin oder her. Es mochte ja vielleicht auch wirklich klappen. Der Leute wegen wäre es aber schon günstig gewesen, wenn die *Show* auch ein wenig inhaltlich unterfüttert gewesen wäre, damit man wusste, warum diese demokratische Fußangel gegen den regierenden Kanzler gerechtfertigt war. Welche Erklärung fand zum Beispiel der populäre Politologe Baring, der einzige, dem wenig später Einblick in einige Unterlagen gewährt wurde? „Barzel selbst war von den Bemühungen der Sowjets, mit ihm in Kontakt zu kommen, sehr angetan. Die Russen seien »sehr liebenswürdig« gewesen und hätten Neuverhandlungen für den Fall des Falles angeboten, erklärte er vor der Fraktion am späten Montag; erneut plädierte er dabei für ein besseres Vertragswerk. Um aufgeregte Gemüter in Ost und West zu beruhigen, die eine rabiante Rückwendung der westdeutschen Außenpolitik auf die alten Positionen der sechziger Jahre befürchteten, falls Brandt fiel, ließ sich Barzel sogar dazu herbei, unter Verwendung des Brandtschen Vokabulars die Kontinuität im Wandel zu betonen. Die deutsche Politik werde auch nach einer Ablösung der sozialliberalen Regierung Friedenspolitik sein; die Bemühungen um eine Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn seien Bestandteil auch der Unionspolitik. [...]

Kein kategorisches Nein also zur Brandtschen Ostpolitik, sondern das bekannte Barzelsche So nicht, das seine alternative Ostpolitik seit Monaten kennzeichnete. Mit dieser Mittelposition, so glaubte man in der Union, werde man in Moskau zurechtkommen.

Der designierte Außenminister, Gerhard Schröder, wollte jedenfalls gleich nach dem Sturz der Regierung Brandt mit dem Kreml eine Zusatzerklärung zum Moskauer Vertrag aushandeln, die das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung betonen sollte. Sondiert hatte man schon, fühlte sich durch die russischen Reaktionen ermutigt. Auch die Flüge nach Moskau und zurück waren bereits für Samstag, den 29. April, und Montag, den 1. Mai 1972 reserviert worden. Man tat so, als sei alles schon gelaufen – und es sah ja auch danach aus.



Zu Beginn der Woche hatte der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Philipp von Bismarck, Wilhelm Helms persönlich bei Barzel eingeführt, und Helms hatte versprochen, Barzel zu unterstützen. Hoffen konnte man auch bei Günther Müller, dem Münchener SPD-Abgeordneten, der seit längerem mit seiner Partei in Fehde lag, Kontakte zu führenden Vertretern der CSU pflegte und sich mit dem Gedanken trug, die Sozialdemokraten zu verlassen.“

Am 27. April 1972 versuchte dann die CDU/CSU-Bundestagsfraktion endgültig durch ein konstruktives Misstrauensvotum nach Artikel 67 des Grundgesetzes Willy Brandt als Bundeskanzler durch den CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel zu ersetzen. „Im Zusammenhang mit den parlamentarischen Beratungen zur Ratifizierung der »Ostverträge« mit der Sowjetunion (unterzeichnet 12. 8. 1970) und Polen (unterzeichnet 7. 12. 1970) war die Auseinandersetzung zwischen den Koalitionsparteien SPD und FDP einerseits und der CDU/CSU-Opposition immer heftiger geworden und hatte zu einer seitdem nicht mehr erlebten Politisierung weiter Teile der Bevölkerung geführt. Mehrere Abgeordnete der Koalition hatten seit der Bundestagswahl von 1969 die Seite gewechselt.“

Aber das hatte ja bisher alles nichts geholfen. Unterzeichnet war der Antrag auf das Votum gegen Brandt unter anderem von Richard Stücklen, der schon 1955 mit Herrn Strauß um die Anerkennung der DDR kämpfte. Sie erinnern sich doch ganz gewiss an seinen nächtlichen Gesprächsmarathon mit Strauß rund um das Bonner Münster herum? Unterzeichnet war der Antrag auch von Heinrich Windelen, der in der Regierung Helmut Kohl dann ab 1983 den Minister für innerdeutsche Beziehungen gab. Über die anderen Nasen, die sich da gegen Brandt zusammengefunden hatten, habe ich mich nicht extra informiert.

Der letzte Redner vor der Abstimmung über den Antrag war der noch amtierende Bundeskanzler Brandt: „Es ist doch zunächst einfach nicht wahr, dass ich – oder meine Freunde und ich – nach den Wahlen von 1969 eine bis dahin bestehende inhaltliche Gemeinsamkeit zerstört

hätten . . . [Merke: Man soll Verschwörungen nicht allzu kategorisch ausschließen.] Es war ja, Herr Kollege Kiesinger, der große Jammer, dass sich die Große Koalition bei einigen Meriten, die ich ihr auch heute nicht absprechen möchte, eben nicht als fähig erwies, aus der Einsicht in die Realitäten auf breiter Basis die gebotenen Konsequenzen zu ziehen.

Herr Kollege Kiesinger, Sie haben sich damals nicht dazu durchringen können, eine genügend wirklichkeitsbezogene Politik durchzusetzen. Sie sind vor dem Druck Ihrer bayerischen Freunde und anderer Hilfstuppen zurückgewichen. Sonst wären wir weiter und brauchten weniger zu streiten, als wir es tun. Was das Bemühen um Gemeinsamkeit seit 1969 angeht, so hat Herr Barzel mir dessen Scheitern anlasten wollen. Das ist nicht gerecht, obwohl ich nie ausschließe, dass auch ich Fehler gemacht haben kann. Aber ich möchte jetzt keine Rechnung aufmachen, weil ich es für geboten halte, über diesen Tag hinauszudenken. Aber dies muss ich doch auf Grund meiner Erfahrungen der letzten zweieinhalb Jahre sagen dürfen: Die Führung der CDU/CSU hat sich verbal zur Gemeinsamkeit bekannt. Aber sie hat durch ihr Verhalten zumeist die konkrete Zusammenarbeit verweigert, und wenn es dann einmal anders aussah, dann stellte sich heraus, dass unter gemeinsamem Handeln häufig ein Nichthandeln der Regierung verstanden werden sollte. Darauf konnte und darauf wollte ich doch nicht eingehen.“ Das war ja dann auch der Grund, warum keiner mehr mit ihm spielen wollte. Es war zwanzig Jahre lang gutgegangen. Das waren zwanzig Jahre des einträchtigen Nichtstuns. Eine Generation junger und hübscher Wessis war herangewachsen, und binnen zweier Jahre hatte man nur noch Scherereien.

## **Ost-Berlin schaltet sich ein und macht alles kaputt**

„Am Tag der Abstimmung besaß der Kandidat Barzel gute Chancen, die nötige »Kanzlermehrheit« von 249 Stimmen zu erreichen. Als Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel das Ergebnis verkündete, brachen die Abgeordneten der Regierungsparteien in lauten Jubel aus, während Barzel konsterniert und kopfschüttelnd auf seinem Platz saß: Er hatte nur 247 Stimmen auf sich vereinigen können. Von den Sozialdemokraten wurde das Abstimmungsergebnis als großer Sieg in einem Kampf für eine richtige und wichtige Politik empfunden, der vom innenpolitischen Gegner mit teilweise unfairen Mitteln wie Verleumdungen, Unterstellungen, Abwerbung von Mandatsträgern und Medienkampagnen zur Verunsicherung der Anhänger des Regierungskurses geführt wurde. Im Nachhinein erhielt das Gefühl des Sieges aber einen schalen Beigeschmack, als sich herausstellte, dass ein CDU-Abgeordneter gegen die Zahlung von 50 000 DM seine Stimme für Barzel verweigert hatte. (Weil noch eine weitere Stimme fehlte, war dies allein nicht entscheidend.) Die Herkunft des Geldes konnte damals auch ein Untersuchungsausschuss des Bundestages nicht aufklären. Nach dem Zusammenbruch der DDR und der Aufdeckung der Machenschaften ihres Ministeriums für Staatssicherheit wurde klar, dass das Geld von dort gekommen war.“

Wenn Markus Wolf die Affäre rund um seinen Sonderbeauftragten im Bundeskanzleramt, Günter Guillaume, als die allergrößte Panne seiner beruflichen Laufbahn bezeichnet hat, dann war die 1972er Bestechung von Bundestagsabgeordneten, mit deren Hilfe die Abwahl von Brandt verhindert werden sollte, zumindest die zweitgrößte. Ich empfinde es allerdings umgekehrt. Die Bestechung der Abgeordneten war die bei weitem größere Panne. Wäre Rainer Barzel im Frühjahr 1972 Kanzler geworden, hätte sich Erich Honecker in seinem Garten auf eine Bank setzen können und abwarten, bis bei der nächsten Bundestagswahl die SPD wiedergewählt worden wäre, und dann hätte er von Helmut Schmidt sowohl die staatliche Anerkennung bekommen als auch die Anerkennung seiner Staatsbürgerschaft. Oh Gott, wie lange mir dieses

ewige Drängeln in den Ohren lag, nur weil der trottelige Brandt extra schriftlich fixieren ließ, dass es so eine Anerkennung mit ihm nicht geben würde. Während Willy Stoph sich 1970 noch mit dem starrsinnig gewordenen Willy Brandt herumschlagen und dem Vereinigungsfanatiker eine Denkpause verordnen musste, haben sich seit dem Jahr 1955 Führungskräfte aus der Bonner CSUFDPSPDCDU um Wege zur baldmöglichen Anerkennung Unserer schönen DDR bemüht. Ich habe das damals nicht gewusst; ich war noch Quark im Schaufenster. Aber Markus Wolf hat das seit 1955 gewusst.

„Am 4. Juni 1973 widmete *Der Spiegel* dieser Affäre eine Titelgeschichte und wartete dabei mit neuen Informationen auf – vor allem mit einem Geständnis Steiners. Redakteure des Nachrichtenmagazins hatten Steiner am 29. Mai im Bonner Büro des *Spiegels* zwei Stunden lang befragt und dann von ihm, nach kurzer Bedenkzeit, die erhoffte (und erwartete) Auskunft erhalten: »Jetzt muss ich Ihnen die volle Wahrheit sagen. Ich habe eine weiße Karte reingeworfen. Das war wie ein Nein. Der Antrag war, Brandt das Misstrauen auszusprechen. Damit war die Enthaltung ein Nein.« Steiner gab also zu, am 27. April 1972 nicht für Barzel gestimmt zu haben. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Korruption, Bestechung – davon wollte er in seinem Gespräch mit dem *Spiegel* noch nichts wissen. Er habe aus politischer Überzeugung gehandelt, nicht um materieller Vorteile willen. Rainer Barzel, so habe er damals geglaubt, – und glaube es noch heute –, sei nicht in der Lage, »eine Bundesrepublik zu regieren«. Vor allem aber habe ihm das Schicksal der Ostverträge am Herzen gelegen. Eine Regierung Barzel/Strauß, so habe er gefürchtet, werde unter dem Vorwand, sie wolle bessere Konditionen mit der Sowjetunion aushandeln, die Ratifizierung der Verträge auf unabsehbare Zeit aussetzen. Diese Aussicht habe ihn erschreckt, so dass er auch aus diesem Grund seinem Fraktionsvorsitzenden die Unterstützung versagt und eine ungültige Stimmkarte in die Wahlurne geworfen habe.“

„Die Wirklichkeit sah komplizierter aus, aber es ist nie gelungen, sie voll zu rekonstruieren. Es gab, aus welchen Gründen auch immer, auch

kein überentwickeltes Interesse an voller Aufklärung.“ So sah Brandt die Angelegenheit, und dann ist es auch nicht erstaunlich, dass weder die hektischen Spekulationen in dieser Angelegenheit noch der entsprechende Untersuchungsausschuss ein Ergebnis brachten.

Hören Sie sich diese Eierei an: „Aber es gibt auch die Leichtigkeit der Vorverachtung. In die Geschichte wird eingehen, dass Wienand beim gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt 1972 die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag mit Geldzahlungen gesichert hat. Nicht, wie lange vermutet, bei dem CDU-Abgeordneten Julius Steiner – das war die Stasi –, aber bei anderen. Die bisherige Arithmetik von zwei Überläufern der Union und Geschlossenheit im Regierungslager ist möglicherweise korrekturbedürftig.“

Oder wie wäre es mit der hier? „Der zweite Abweichler war nach der neuesten Auswertung der Rosenholz-Akten der CSU-Abgeordnete Leo Wagner, gegenüber dem die Bundesanwaltschaft schon 2000 diesen Vorwurf erhob, da bekannt wurde, dass damals auf seinem Konto 50 000 DM aufgetaucht waren.

Ein mit Wagner befreundeter CSU-Politiker behauptete jedoch, er habe Wagner diese Summe geliehen. Wagner selbst wies die Vorwürfe als »unzutreffend und frei erfunden« zurück. Da Spionage zu diesem Zeitpunkt bereits verjährt war, fand trotz der Äußerungen eines Stasi-Offiziers, man habe dem verschuldeten Wagner 1972 ein solches Bestechungsangebot gemacht, und der Aussage des letzten Spionagechefs der DDR, Werner Großmann, es habe Kontakte zu Wagner gegeben, keine gerichtliche Prüfung statt.“

„Wie das Hornberger Schießen endete auch der 1973 tagende Untersuchungsausschuss, der auf Antrag der CDU/CSU-Opposition klären sollte, ob der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Karl Wienand den CDU-Abgeordneten Julius Steiner bestochen hatte, beim Misstrauensvotum gegen Kanzler Willy Brandt am 27. April 1972 dem eigenen Kandidaten Rainer Barzel die Stimme zu verweigern.

Der *Quick* hatte der Baden-Württemberger, nachdem er 1970 nicht wieder für den Bundestag nominiert wurde, in dem Artikel »ICH, Julius Steiner gestehe« die Version berichtet, Wienand habe ihm – nach der Abstimmung – das erste von insgesamt zwei mit Bestechungsgeldern gefüllten Kuverts übergeben.

Doch die Details der Aussagen des als Alkoholiker bekannten Hinterbänklers stimmten in mehrfacher Hinsicht nicht mit den Fakten überein. Ein Rest von Unklarheit bleibt selbst nach dem Kalten Krieg, obwohl DDR-Spionagechef Markus Wolf 1997 erstmals enthüllte, dass der CDU-Mann über Jahre hinweg MfS-Agent war, »der sich zu einer mittelmäßigen Informationsquelle entwickelt hatte. Ich stellte aus unserer Kasse 50 000 DM zur Verfügung, um Steiner zur Stimmabgabe gegen das Misstrauensvotum zu bewegen.« Später behauptete Steiner, von Wienand 50 000 DM erhalten zu haben. Der Sachverhalt wurde nie geklärt, und deshalb ist auch die Frage nicht zu beantworten, ob der CDU-Mann möglicherweise zweimal kassiert hat.“ Bei dieser Angabe, Steiner sei 1970 nicht wieder für den Bundestag nominiert worden, muss es sich im Original um einen Druckfehler gehandelt haben, sonst hätte er bei jenem Urnengang ja keine Rolle spielen können. Wer auch immer damals nun wie abgestimmt hat, das Misstrauensvotum wurde noch nicht zum Fallstrick für Brandt. Nun war noch weiterer kreativer Ideenreichtum der besseren Wessis in Bonn gefragt.

## Alex Möller und Karl Schiller fliegen vom Spielfeld

Ausgerechnet unter der passenden Überschrift „Das Erhabene und das Lächerliche“ hielt Brandt über den nächsten Parlamentstag fest: „Am 28. April 1972 blieb der Kanzlerhaushalt bei Stimmengleichheit - 247 : 247 - auf der Strecke. Am Abend bat ich die Spitzen von Opposition und Koalition in den Kanzlerbungalow; es musste beratschlagt werden, wie weiter zu verfahren sei. Von der CDU/CSU waren beteiligt: Barzel, Strauß, Schröder, Stücklen. Von der SPD: Wehner, Schmidt, Schiller, Ehmke. Von den Freien Demokraten: Scheel, Genscher, Mischnick.“

Eine heiße Runde. Neben Brandt waren ja auch Schiller und Ehmke im Rennen. Noch. Der außenpolitische Referent der SPD Eugen Selbmann erklärte in einer Wiedergabe durch Brigitte Seebacher-Brandt 1972: „Herbert Wehner hätte schon seit langem versucht, den Galgen aufzu ziehen, um solchen Typen wie Ehmke das Genick zu brechen.“ Zur Charakterisierung von Herbert Wehners Verhältnis zu Willy Brandt sprach Klaus Harpprecht aus der SPD-Führung von „Urhass“. Aber die beiden kamen erst später zum Schlächter. Jetzt ging es aktuell erst einmal um die Ausschaltung von Karl Schiller und um Alexander Möller, die zu jener Zeit auch noch in Bonn herumliefen.

Apropos Urhass – Wie kam eigentlich jener Klaus Harpprecht, der sich so gut in Sachen Willy Brandt auskannte, in die Politik? Begonnen hatte er bei *Christ und Welt*, Sie wissen ja – „streckenweise wohl einzig in Konkurrenz zur *Hamburger Zeit* unter Richard Tüngel – die wichtigste Zeitung am äußeren rechten Rand der frühen Bundesrepublik“. Später arbeitete er dann als Korrespondent des ZDF in den USA. Auch er vollzog also brav den Rollentausch seiner Kollegen aus der Spitze der SPD vom rechten zum linken Ufer des politischen Spektrums. Gut, das zu wissen. Auch er war Journalist und Politiker in einem. Von ihm stammten später auch historische Abhandlungen. Wissenschaftliche.

Gegen Schiller und Möller stieg nun der Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt, der pikanterweise bei dem Professor Karl Schiller in

Hamburg studiert hatte, in den Ring: „Dass er sich von seinem Etat nichts abhandeln ließ, hatte den Rücktritt Alex Möllers ausgelöst. Dass er Karl Schiller entblättert, hatte dessen Entfremdung vom übrigen Kabinett beschleunigt. Seine Warnung vor »Reformhochstimmung« war nicht sonderlich hilfreich, sein Selbstbewusstsein alles andere als unterentwickelt.“ Das hat Brandt aber prächtig verniedlicht. Schmidts Selbstbewusstsein war alles andere als unterentwickelt. Schmidt hatte ein ganz unverschämtes Selbstbewusstsein, und er war dreist genug, um einen Professor zu entsorgen, bei dem er selbst studiert hatte. So wurde dem Publikum ein Bild der Zerrüttung des Kabinetts Brandt geboten und allmählich der Boden bereitet für die Einsicht, dass der Brandt gar kein so richtig guter Kanzler war. Wollen Sie gleich noch so eine Erinnerung Brandts an den großartigen Kollegen Schmidt? Gerne: „Dass er als Kabinettsmitglied dem Bundeskanzler das Leben leichter gemacht hätte, wäre eine die Wahrheit dehnende Feststellung. Alex Möller, der Finanzminister, war im Mai '71 zurückgetreten, weil er sich mit dem Verteidigungsminister nicht zu einigen vermochte. Karl Schiller, der Wirtschafts- und Finanzminister, war im Frühsommer '72 auch deshalb ausgeschieden, weil die Dauerkontroverse mit Helmut Schmidt groteske Formen annahm.“ Vielleicht noch eine Anmerkung ganz am Rande – der phantastische Helmut Schmidt bezeichnete Alex Möller in dem Band *Menschen und Mächte* als einen seiner „engen Freunde“. Vorsicht lohnt sich also beim Genuss derartiger Literatur. Vergleichen auch.

Das Erhabene und das Lächerliche. Lesen Sie jetzt, wie Helmut Schmidt schließlich zum Kronprinzen in der SPD wurde, nachdem er andere Kollegen vom Tisch gemobbt hatte: „Als ich ihn zum Nachfolger und neuen Superminister berief, hatte ich ihn – inoffiziell – als Nummer zwei der sozialdemokratischen Kabinettsmannschaft benannt. Es wurde verstanden, wie es gemeint war – als Vorentscheidung zur etwaigen Nachfolge.“ Ob man will oder nicht, man muss den Leuten Recht geben, die den Eindruck hatten, Brandt hatte kein Geschick bei personalpolitischen Entscheidungen.



Ganz zauberhaft ist auch, wie der fröhliche Menschenkenner Brandt sich und Schmidt inhaltlich verstand: „Wir verstanden uns – jeder sich selbst und jeder den anderen – als deutsche Patrioten in europäischer Verantwortung und haben einander den Respekt nie versagt, auch dann nicht, wenn wir wirklich verschiedener Meinung waren. Wir hatten immer das Gefühl, gemeinsam eine Menge bewirken zu können – für unser Land und für unsere Partei.“ Ich bewundere den Mut, mit dem Brandt das Pronomen *wir* benutzt. Wir hatten immer das Gefühl. Hoffentlich hat er sein zweites Ich, Schmidt, mal gefragt, ob es dieses warme und brüderliche Gefühl mit ihm teilte. Rudolf Augstein hatte offensichtlich nicht Unrecht, als er über diesen Träumer der Sonderklasse formulierte: „Manchmal war er aber auch mit einer nachgerade lähmenden Blindheit geschlagen.“

Der populäre Politologe Arnulf Baring hatte einfach mehr Ruhe bei der Betrachtung des Schlachtfeldes: „Mit der nötigen Ruhe und aus der Distanz betrachtet, war der Rücktritt Schillers für die Regierung eher von Vorteil. Kaum hatte Helmut Schmidt seinen Konkurrenten Karl Schiller aus dem Felde geschlagen und politisch beerbt, begann er mit Feuereifer das Programm seines ungeliebten Vorgängers Punkt für Punkt in die Tat umzusetzen. Als Schiller im August 1972 Brandt fragte, wie es denn jetzt mit den Kürzungen im Verteidigungshaushalt stehe, die er, Schiller, gegen Schmidt durchzusetzen versucht habe, erhielt er lächelnd die Antwort, dieser Punkt habe sich natürlich ganz einfach dadurch erledigt, dass Schmidt jetzt Finanzminister sei; selbstverständlich werde der Betrag gestrichen. Schiller war erschüttert, wie einfach das plötzlich war. Er grämte sich, wie geräuschlos alles nach seinem Ausscheiden wieder lief, weiterging. Ganz allgemein fiel es, wie er sehen musste, ohne ihn sehr viel leichter, im Kabinett jene Geschlossenheit zu erreichen und zu wahren, die man vor Wahlen nun einmal braucht.“ Wenn es der populäre Politologe Arnulf Baring doch aber sagt, dann hat Willy Brandt dazu gelächelt. Ob nun belustigt oder weltfremd oder traurig. Wie es dann in den Geschichtsbüchern stand, so war es eben in der Vergangenheit. Oder auch nicht.

## Alle kämpfen für die Ostverträge

Was den Herrn Bundeskanzler anging, konnte das ja auch niemanden überraschen, war dieses Projekt doch sein Baby. Er trainierte derweil weiterhin intensiv seine Überredungskünste: „Der Abend wurde lang. Eine Reihe ähnlicher Zusammenkünfte folgte binnen der folgenden vierzehn Tage.“ Herr Brandt wusste um die Bedeutung einer raschen Einigung mit möglichst vielen Parlamentariern: „Worauf es ankam? Dass sich die Zustimmung zu den Ostverträgen nicht verzögere. Ich wies pflichtgemäß darauf hin, dass der internationale Entspannungsfahrplan keinen Aufschub dulde. Die Alliierten hätten dies deutlich gemacht; Nixon wünsche unsere Ratifizierung vor seinem Moskau-Besuch. Und Pompidou hatte, wie ich wusste, Barzel gesagt, es entstehe eine ernste Lage, sollten die Verträge abgelehnt werden.“

Auftanken konnte der arme Mann damals nur beim Bad in der Menge: „Der Erste Mai 1972 war grandios. Am Vormittag sprach ich in Dortmund – wo sonst! – vor 100 000 Menschen, laut Polizeiangabe. Gemeinsam mit Stahlwerkern war ich in den Westfalenpark marschiert. Im Lande gingen die Wogen der Diskussion hoch. Schon am Tage des gescheiterten Misstrauensvotums hatten mich nicht enden wollende Zeichen der Sympathie erreicht. Kein politisches Thema wühlte die Menschen so sehr auf. Dass es in Bonn nicht mit rechten Dingen zugehe und versucht werde, den Bundeskanzler mit verwerflichen Mitteln aus dem Amt zu befördern, war das vorherrschende Gefühl. Gefragt wurde, ob es angehe, beim Wechsel der Fronten das Mandat mitzunehmen. Ich habe den Ärger der Kritiker begreifen können, mir ihre Konsequenz jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zu eigen gemacht.“ Doch das wären die richtigen Berater gewesen.

Nachdem das äußerst konstruktive Misstrauensvotum die Deutschen nicht von ihrem Willibald trennen konnte, trat nunmehr ein bislang unbekanntes Motiv in Willy Brandts Leben, das fortan über zwei Jahre immer wieder vorgetragen wurde, ohne, dass jemandem dabei langweilig geworden wäre: „Zwei Tage später, am 1. Mai, besuchte mich,

ohne jegliche Publizität, Oppositionsführer Rainer Barzel in meiner Amtswohnung. Er machte mir einen erstaunlichen Vorschlag: Ob ich mich nicht – mit den Stimmen der Union – zum Bundespräsidenten wählen lassen wolle? [...] Heinemann werde sich gewiss von der Notwendigkeit vorzeitigen Ausscheidens überzeugen lassen. [...]

Barzel begab sich anschließend zu Helmut Schmidt, mit dem ihn seit der gemeinsamen Zeit als Fraktionsvorsitzende ein gutes Verhältnis verband.“ Das ist aber schön. Und seinen guten Freund Brandt hätte er sehr gerne auf den Mond geschossen, oder ihn wenigstens auf dem Thron des Bundespräsidenten abgesetzt und festgebunden. Es ist auf jeden Fall gut zu wissen, dass Heinemann (SPD) wohl mitgespielt hätte.

„Zwischen Mittwoch, dem 3. Mai, und Samstag, dem 13. Mai, jagte ein interfraktionelles Gespräch das andere. Sie alle kreisten darum, was in einer gemeinsamen Entschließung stehen und anderen Regierungen zur Kenntnis gebracht werden solle: vor allem, dass ein Modus vivendi kein Ersatz für einen Friedensvertrag sei. Was die Opposition herausfinden wollte: ob die Regierung der Sowjetunion eine interpretierende Entschließung des Bundestages widerspruchslos entgegennehmen werde. Ein Begehren, das in einer Groteske endete: Der Botschafter der UdSSR saß zeitweilig an einem interfraktionellen Tisch, an den er nicht gehörte und an dem er Antworten gab, die jeder vorher kannte. Ich hatte dringend davor gewarnt, den Botschafter in eine Lage zu bringen, in der er meinen musste, im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition eine Rolle zu haben.“ Da konnte Brandt blass werden vor Neid – der sowjetische Botschafter hat in Bonn eine Rolle gespielt. Brandt durfte bei manchen Gesprächen mal mit am Tisch sitzen. „Am Ende dieses gespenstischen Vorgangs betonte der Oppositionsführer noch einmal, auch er wolle nicht, dass die Verträge scheiterten.“ Nö, natürlich nicht. Brandt sollte scheitern, nicht die Verträge. „Damit die Fraktion der Unionsparteien nicht auseinanderfalle, verständigte sich deren Führung – nach heftiger Diskussion – auf Stimmenthaltung; Funktionäre der Vertriebenenverbände sollten dagegen stimmen dürfen. Barzel, flankiert von Richard von Weizsäcker, wollte mit eigener Begründung zustimmen.“ Hauptsache, die Verträge kamen durch.

„Dabei war Barzel damals keineswegs ein Mann der harten Linie gegen die Ostverträge. Barzel erkannte die von der Brandt-SPD definierten Zeichen der Zeit; er kämpfte nachhaltig und bei Verlust von Anerkennung auf dem anderen Flügel seiner Partei wenigstens für eine Stimmhaltung bei den Ostverträgen. So half er mit, sie durch das Parlament zu bringen. [...] Wirkliche Sympathie für Barzel konnte sich bei denen, die ihn nur aus seinen öffentlichen Darbietungen kannten, nicht leicht einstellen. Barzel hat das mit Haltung ertragen; seine Intelligenz erlaubte es ihm nicht, das zu verdrängen.“ So ging es ja auch Franz Josef Strauß, Alfred Dregger oder später dem Helmut Kohl. Eine wirkliche Sympathie konnte sich bei denen, die sie nur aus ihren öffentlichen Darbietungen kannten, nicht einstellen. Diese öffentlichkeitswirksamen Kratzbürsten haben das mit erstaunlicher Haltung ertragen, ihre Intelligenz erlaubte es ihnen leider nicht, das mit Erfolg zu verdrängen. Was sie so leidlich bei Laune hielt, war vermutlich das Bewusstsein, einem höheren Ziel zu dienen. Mochten doch die Leute im Land von ihnen halten, was sie wollten.

Nur Insider wie der populäre Politologe Arnulf Baring wussten diese menschliche Schauspielleistung der Superlative richtig zu würdigen: „Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende hatte in jenen Jahren keinen leichten Stand. Auf der einen Seite musste er die Union nach ihrer Vertreibung aus den Paradiesen zwanzigjährigen Machtgenusses vor dem Auseinanderbrechen bewahren. Es war wahrscheinlich die größte Leistung im politischen Leben Barzels (auch nach seiner eigenen Meinung), dass er das verhindern konnte.

Um die eigenen Reihen zusammenzuhalten, bedurfte es jedoch einer kämpferischen Konfrontation mit der Koalition. Andererseits wollte Barzel der Bundesregierung seine grundsätzliche Zustimmung zu ihrer Ostpolitik signalisieren. Konstruktiv und loyal, wie er war, musste er diese Billigung daher so vorsichtig verpacken, dass sie den Sozialliberalen hinreichend deutlich, seinen eigenen Leuten aber gar nicht bewusst wurde.“ Das war dem nützlichen kleinen Handbuch *Wie führe ich mein demokratisch gewähltes Parlament hinter's Licht* entlehnt.

Weiterhin sanft säuselnd wird auch der Zuspruch der Kratzbürste Alfred Dregger dem Publikum in einer Klammer geflüstert: „Doch er überschätzte die Geneigtheit der Fraktion, diesen politischen Wandel, einen Umschwung, mitzuvollziehen, wenn er mit einer großen Mehrheit für die Verträge in den eigenen Reihen rechnete (wobei er sich beispielsweise durch ein überraschendes Telegramm Alfred Dreggers ermutigt fühlte: Er empfehle die Annahme). Barzel meinte auch, dass eine von ihm herbeigeführte Verbesserung der Verträge, etwa mit der gemeinsamen Entschließung des Bundestages, der Union im bevorstehenden Wahlkampf nützen werde.

In beiden Punkten aber irrte er sich, und das markierte, vielleicht noch mehr als das gescheiterte Experiment des Misstrauensvotums, den Anfang vom Ende seiner Rollen als Oppositionsführer, als Kanzlerkandidat, als Spitzenfigur der CDU/CSU.“ Als gutartige Kratzbürste muss man eben auch mal einstecken können.

Alfred Dregger wusste also wie auch Gräfin Dönhoff, worum es geht. Schön, dass sich die ausschlaggebenden Konservativen alle so rührend um den Abschluss der vernünftigen Ostverträge gekümmert haben. „Der als konservativ, aber gradlinig geltende Politiker war Experte für die innere und äußere Sicherheit. Mit rechten Positionen zu Krieg und Vertreibung geriet Dregger (CSU) immer wieder in die Kritik.

Für Kritik sorgte der CDU-Politiker, als er 1997 die Wehrmacht-Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung als «pauschales Abstempeln» der deutschen Weltkriegssoldaten angriff.“ Hu, ha. Die Wirkung von Signalreizen auf entsprechende Probanden war von Iwan Petrowitsch Pawlow schon lange zuvor erforscht worden. Die alte Kratzbürste Dregger konnte sich auf die Wirkung der Pawlowschen Reflexe bei seinen MitbürgerInnen verlassen. Selbstredend griffen die Medien sein Wort vom pauschalen Abstempeln der deutschen Weltkriegssoldaten auf, damit die Probanden auch von dem neuerlichen Unwort Dreggers Kenntnis erhielten und wütend bellen konnten. Das antifaschistische System hier ist viel zu klug aufgezogen, als dass ich die Akteure, die hier zu Wort kommen, für dumm halten könnte.

Na, und der meistgehasste Konservative darf doch in dieser Phase mit seinem militärisch vorgetragenen Beitrag auch nicht fehlen: „Sogar Franz Josef Strauß (CSU) war durchaus mit von der Partie. In *Bild am Sonntag* vom 7. Mai 1972 hatte er erklärt: »Wir wollen zustimmen!«, und öffentlich die Bedingungen genannt, unter denen die Vertragswerke die Billigung der Opposition »vom ersten bis zum letzten Mann« finden könnten. Die gemeinsame EntschlieÙung, an der man arbeite, müsse drei Punkte enthalten: 1. Dass die Europapolitik der Bundesrepublik durch russisches Veto nicht gebremst werden kann.“

Als zweiten Punkt betonte er: „Dass es sich nicht um einen Vor- oder Ersatzfriedensvertrag handelt. Dass das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung unangetastet bleibt. Dass der Vertrag nicht Rechtsgrundlagen für Grenzziehungen schafft, sondern nur den Verlauf der durch Machtpolitik gezogenen Grenzen beschreibt.“ Und sein dritter Punkt erinnert mich an Adenauers Österreich-Lösung aus den frühen Jahren der Bundesrepublik: „Dass durch den Vertrag Vereinbarungen über innerdeutsche Freizügigkeit und Aufhebung von Gewaltmaßnahmen herbeigeführt werden.“

Dass sich der Rainer Barzel aus der sogenannten CDU blendend mit dem Helmut Schmidt aus der sogenannten SPD verstand, wissen wir nun schon. Ähnlich gut war sein Verhältnis mit dem Außenminister von der sogenannten FDP: „Walter Scheel, den ein vertrauensvolles, beinahe freundschaftliches Verhältnis mit Rainer Barzel verband (in späteren Jahren duzten sie einander sogar; aber auch schon zu jener Zeit brachte Scheel ihm gern bei passender Gelegenheit, etwa am Geburtstag, einen guten Tropfen mit), kannte natürlich Barzels Schwierigkeiten im eigenen Lager genau und sah auch, dass er mit diesen apodiktischen Formulierungen seine Leute hinters Licht geführt hätte – was mit Sicherheit herauskommen und dann sehr schaden würde –, änderte also, schwächte ab und antwortete Barzel noch am selben Tage, ebenfalls handschriftlich: [...]“ Nach dem Doppelpunkt ging es dann um die Tagespolitik. Glänzend verstand man sich.

Immer diese konservativen Kratzbürstchen: „Zu den von Anbeginn positiv eingestellten, zustimmungsgeneigten Unionsabgeordneten zählten Männer wie Ernst Majonika, Richard von Weizsäcker [...]

Auch Norbert Blüm, der zu jener Zeit bereits Mitglied des CDU-Bundesvorstands und Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, aber noch nicht Mitglied des Bundestages war, gehörte in diesen Kreis, zu dem als Abgeordnete – neben den bereits Genannten – von der Presse auch [...] Walther Leisler Kiep, [...] Rudolf Seiters, [...] gerechnet wurden. Hier gab es in der Endphase der Ratifizierung intensive Kontakte untereinander – und ebenso die Bereitschaft, Barzel und seinen Kurs zu unterstützen.“ Adenauers Kurs zu unterstützen.

Gespannt beobachtete der sowjetische Botschafter, Valentin Falin, das wilde Treiben in Bonn bei Köln: „Rainer Barzel griff Brandts Vorschlag einer gemeinsamen EntschlieÙung auf, die das Gesetz zur Ratifizierung begleiten sollte. Angepeilt wurde damit, den Verträgen ein Maximum parlamentarischer Mehrheit zu verschaffen. Am 17. Mai fand die entscheidende Abstimmung im Bundestag über den Moskauer und den Warschauer Vertrag statt. Unser Vertrag wurde mit 248 Stimmen bei 10 Neinstimmen und 238 Enthaltungen angenommen.“

Schöner als Arnulf Baring kann man das Papier, das dann den Vertrag mit der „sogenannten“ DDR inhaltlich vorbereiten sollte, gar nicht mehr kommentieren: „Das war ausdeutbar formuliert; daran ließ sich anknüpfen. Das Kabinett in Bonn hatte daraufhin jedenfalls sofort, nämlich in seiner nächsten Sitzung am 31. Mai, beschlossen, eine Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Egon Bahr zu beauftragen, die Möglichkeit eines Grundlagenvertrages zwischen beiden Staaten gemeinsam mit der DDR zu prüfen. Man wollte keine Zeit verlieren, weil niemand wusste, wann der Bundestag aufgelöst werden würde, wie lange man noch handlungsfähig bleiben werde. Dieser vorgeschaltete Meinungs austausch ging auf einen Wunsch der DDR zurück. Die Bundesregierung wäre, eilig, wie sie es hatte, an sich bereit gewesen, sogleich in regelrechte Verhandlungen einzutreten.

Nach einer lebhaften Aussprache, an der sich außer dem Regierungschef die Bundesminister Egon Franke, Helmut Schmidt und Josef Ertl sowie Staatsminister Karl Moersch und Staatssekretär Conrad Ahlers beteiligten, fasste sie auf Vorschlag Frankes einen Beschluss, der im Sitzungsprotokoll festgehalten wurde. Er lautete: Der am 19. November 1970 beschlossene Meinungsaustausch mit der DDR wird mit dem Ziel fortgesetzt, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten grundsätzlich zu regeln. Das Kabinett beauftragte den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, diesen Meinungsaustausch zu führen, und zwar in engstem Einvernehmen mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen [Egon Franke vom rechten Flügel der SPD, Kanalarbeiter] sowie unter Mitwirkung des Bundesministers des Auswärtigen [Walter Scheel], des Bundesministers des Innern [Hans-Dietrich Genscher] und des Bundesministers der Justiz [Gerhard Jahn]. Das Kabinett ist laufend über den Gang des Meinungsaustauschs zu unterrichten. Es behält sich die Entscheidung darüber vor, ob in Verhandlungen eingetreten werden kann. Auf die dringliche Anregung von Helmut Schmidt hin entschloss sich das Kabinett darüber hinaus, »Erörterungen über Inhalt und Zielsetzung des Meinungsaustauschs in einer der nächsten Kabinettsitzungen fortzusetzen«. Schmidt wollte es genauer wissen und sich nicht blindlings von Bahr ins Schlepptau nehmen lassen. Zu dieser Kabinettsdiskussion kam es am 14. Juni, am Vortage des ersten Treffens zwischen [Egon] Bahr [Bonn] und [Michael] Kohl [Ost-Berlin]. [...] Das Recht auf Selbstbestimmung und die Einheit der Nation sollten hervorgehoben, die Verantwortung der Vier Mächte betont und ein Bezug zur Charta der Vereinten Nationen hergestellt werden. Schwerpunkte der Gespräche sollten die Fragen der Menschenrechte, der Selbstbestimmung, der Entspannung und Nichteinmischung sein. Drei Themenbereiche sollte Egon Bahr in diesem Zusammenhang seinem ostdeutschen Gesprächspartner gegenüber hervorheben: die Pflicht beider deutscher Staaten, keine kriegerischen Handlungen vorzunehmen, also sich zum Gewaltverzicht zu bekennen; die Möglichkeit »zusätzlicher Absprachen über die verschiedensten Gebiete« praktischer Zusammenarbeit auf der Grundlage der Existenz zweier deutscher Staaten; drittens endlich das Problem ihrer Mitglied-



schaft in internationalen Organisationen. [...] Gleich zu Beginn des Meinungsaustauschs, also am 15. Juni, übergab Staatssekretär Kohl der westdeutschen Delegation den Entwurf eines Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Auf Bahrs Einwand, man könne den Meinungsaustausch nicht auf den Entwurf einer Seite einengen, bezeichnete Kohl die neun Abschnitte seines Papiers als bloße »Elemente« eines Vertrages. [...]

Dieser DDR-Entwurf eines Grundlagenvertrages erwies sich für die Bundesregierung bei genauerer Betrachtung als ein überraschend positiver Ansatz. [...] Tatsächlich entspricht der spätere Grundvertrag weitgehend dem DDR-Vorschlag; Der Aufbau ist identisch; viele Passagen wurden im Wortlaut übernommen. [...]

Bonn ging es im Wesentlichen um die Erreichung zweier Ziele: Es wollte die deutsche Wiedervereinigung als langfristige Möglichkeit nicht ausgeschlossen sehen und gleichzeitig durch sofort praktikable menschliche Erleichterungen das für die Deutschen drüben heute Erreichbare durchsetzen. Natürlich musste man, schon um nicht mit den gesamtdeutschen Artikeln des Grundgesetzes in Konflikt zu geraten, den Anschein zu vermeiden suchen, als bedeute die staatliche Anerkennung der DDR die Verewigung der deutschen Teilung, den Verzicht auf den Grundsatz einer einzigen, einigen deutschen Nation und die Vorwegnahme eines Friedensvertrages. [...] Bonn wollte sich dagegen die Perspektive eines irgendwann kommenden Friedensvertrages nicht verbauen lassen und deshalb auch künftig die Respektierung der Vier-Mächte-Präsenz in ganz Deutschland erzwingen. Da diese deutsche Neuvereinigung freilich nicht im Geringsten abzusehen war, musste man, wie gesagt, hier und heute Regelungen anstreben, die den Menschen der beiden Teilstaaten das Zusammentreffen erleichterten.“

Egon Bahr „selbst hatte ja das Konzept eines Grundsatzabkommens mit der DDR nach seinen Moskauer Sondierungen von 1970 skizziert und sich dabei auch den Entwurf eines solchen Vertrages angesehen, den die FDP unter dem 24. Januar 1969 veröffentlicht und zunächst Generalvertrag, dann Grundvertrag genannt hatten. Wenn die SPD

und ihre Ministerien später von einem Grundlagenvertrag sprachen, dann lag das, wie die Liberalen argwöhnten, lediglich daran, dass sie sich durch eine eigene Wortprägung gegenüber dem kleineren Regierungspartner profilieren wollten. Denn in der Sache selbst waren sich die Sozialliberalen völlig einig.“ Die Veränderung des Namens lag gewiss nicht „lediglich daran“. 17 Seiten später beginnt der populäre Politologe Arnulf Baring eines der nachfolgenden Kapitel folgerichtig unter dem neuen Titel: *Der Abschluss der Grundvertragsverhandlungen*. Als Bahr und Brandt ihr Konzept vorstellten, wollten sie jedoch mit ihrem Vertrag die Grundlagen für weiterführende Gespräche mit Ost-Berlin schaffen. Die Bezeichnung *Grundvertrag* erinnert schmerzhaft daran, wohin der Zug dann tatsächlich fuhr. Erich Honecker entgegen. Einer, der sich um die Verhinderung eines Grundlagenvertrages à la Egon Bahr verdient gemacht hat, war der gebürtige Hallenser Hans-Dietrich Genscher. Egon Bahr nahm vor seinem Abfall von dem Herrn Brandt „der FDP ihre taktisch motivierten Einwendungen übel, hat es zumal Genscher, dem »Bremsler«, wie er sagte, nie verziehen, dass er den Grundvertrag zeitweilig habe scheitern lassen wollen. Bahr hielt vom Zaudern, vom bloßen Taktieren nichts.“ Zu der Zeit noch nicht. In den achtziger Jahren habe ich ihn bei einem Kirchentag in Erfurt bei einer Podiumsdiskussion erlebt. Davon blieb ein Eindruck hängen. Im Gang hockte ein Kameramann vom ZDF, der nach einer Weile vor sich hinbrummelte: Ach ja, Egons Sprüche. Damit war Bahr für mich tot.

Im August 1972 wurden in Bonn „Richtlinien für die Verhandlungen mit der DDR“ beschlossen. Dort heißt es unter dem ersten Punkt: „Die Bundesregierung ist bereit, mit der Deutschen Demokratischen Republik einen Staatsvertrag zu schließen, der die Beziehungen für die Zeit grundsätzlich regelt, in der es noch keinen Friedensvertrag gibt.“ Also für die Ewigkeit. Und unter dem dritten Punkt wurde die Zielsetzung dann klar spezifiziert. Der angepeilte Grundvertrag mit den Brüdern in Ost-Berlin sollte „ein Maximum an praktischer Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten vorsehen. Bestehende Vereinbarungen und Regelungen auf den Gebieten des Handels und des Post- und Fernmeldewesens sind möglichst langfristig abzusichern.“ Wie mit Österreich.

## Die Karten sollen neu gemischt werden

Nach dem ganzen Zirkus der vergangenen Monate und dem x-ten Austritt eines Demokraten aus der knappen Koalition stellte der Kanzler schließlich am 20. September die Vertrauensfrage, denn jetzt hatte er ernstlich keine Mehrheit im Parlament mehr. Erwartungsgemäß hat er diese Abstimmung mit 233 zu 248 Stimmen verloren. Danach wurden Neuwahlen angesetzt.

Davon unbeeindruckt und ganz unbeirrbar setzte man die Arbeit fort: „In einem Brief an Brandt, datiert vom 14. November 1972, schrieb Bahr in der Annahme einer weiteren Amtsperiode der sozialliberalen Regierung: »Außenpolitisch kann die Regierung erreichen, dass zum Ende der nächsten Legislaturperiode die ersten Schritte der Truppenreduktion durchgeführt werden. Dieses Thema würde ich mich gerne unter Vernachlässigung von KSZE annehmen. Der selige Planungsstab hat, wie Du weißt, auch für diese Periode bereits seine Papiere, die sich in den zurückliegenden drei Jahren im Übrigen als durchaus machbar erwiesen haben.«“

Nachdem Washington fünfzehn Jahre lang mit allen Entspannungsversuchen an diesen Bonner Dickschädeln gescheitert war, legte es sich unter Nixon mit *Super-Henry* selbst Steine in den Weg, weil ihnen von den Widersachern der Bahr/Brandt-Fraktion Angst vor diesem Duo eingejagt worden war. Was fand Timothy Garton Ash darüber heraus? „In der zweiten Legislaturperiode hat die Regierung Brandt jedoch nur versucht, die – für Deutschland – wünschenswerteste Variante von Konzeption A in die Praxis umzusetzen. Sie übte großen, doch nicht sehr erfolgreichen Druck aus, um die Truppenreduzierung in Mitteleuropa voranzutreiben. »Wir bogen die deutsche Initiative ab«, schreibt Henry Kissinger in seinen Memoiren, »indem wir eine Kollektion allgemeiner kanadischer MBFR-Grundsätze von inspirierter Unbestimmtheit unterstützten.« Bahr selbst wollte eindeutig mehr tun, aber in der ersten Hälfte des Jahres 1973 war er, wie er sich selbst erinnert, nach den riesigen Anstrengungen der Vertragsverhandlungen schlicht er-

schöpft.“ Auch dieser interessierte Brite nahm die pseudo-politischen Argumentationen für bare Münze und freute sich über die rührende Treue der Bonner Ganoven „zum Westen“: „Außerdem waren sich in dieser ersten Phase der neuen Ostpolitik die meisten westdeutschen Politiker darin einig, dass es ein Desaster wäre, wenn der Westen glauben würde, man wollte die Grundsätze der Nato-Strategie und -Politik in Frage stellen.“

Lebhaft kann ich mir vorstellen, welche Gefühle Brandt bei Schmidt oder zum Beispiel bei Strauß mit dem folgenden Slogan zur Bundestagswahl ausgelöst hat: „Im Wahlkampf hatte ich gesagt, es wurde plakatiert: »Deutsche. Wir können stolz sein auf unser Land«; der Ausruf, ebenso zutreffend wie ungewöhnlich, spielte auf die wirtschaftliche Entfaltung der Bundesrepublik an und darauf, dass wir zum weltweit geachteten Motor einer zukunftsweisenden Friedenspolitik geworden waren.“ Nicht umsonst war dieser Spruch so ungewöhnlich. Er war eben mit lähmender Blindheit geschlagen.

Der Oppositionsführer Dr. Rainer Barzel hoffte offensichtlich, vor der Wahl so zu punkten: „In einer Fernsehdiskussion der vier Vorsitzenden der Bundestagsparteien über den Grundvertrag erklärte er am 15. November, also vier Tage vor der Wahl, im Falle eines Unionssieges werde er den Grundvertrag nicht unterzeichnen, sofern es das Regime in der DDR nicht sofort unterlasse, auf Flüchtlinge zu schießen – was auf eine drastische Änderung der DDR-Politik hinauslief, mit der natürlich kein vernünftiger Mensch im damaligen Stadium der Dinge rechnen konnte.“

Die Watsche folgte auf dem Fuße: „SPD und FDP gewannen aber die nachfolgende Bundestagswahl am 19. November 1972 mit 45,8 beziehungsweise 8,4 Prozent der Zweitstimmen.“ Und in seinem lebenswerten, zynischen Ton kommentierte Arnulf Baring: „So wurde der 19. November 1972 tatsächlich zum westdeutschen Volksentscheid über die Ostpolitik, worauf die Koalition geschickt hingesteuert hatte. Das Ergebnis ist bekannt: [...] Von nun an verfügten SPD und FDP zusam-

men über 271 Mandate gegenüber 235 Sitzen der Union. Die Koalition war weg vom Abgrund, stand auf festem Boden und besaß in Zukunft eine Mehrheit, mit der es sich komfortabel leben und sorgenfrei regieren ließ. Hätte man denken sollen.“

Bei Willy Brandt klingt es allerdings auf gar keinen Fall so, als hätte die Führung seiner SPD besonders geschickt auf einen Sieg hingesteuert. Im Rückblick merkte er an: „Wenn man ins Jahr 1972 zurückgeht, wird man zu dem Ergebnis kommen, dass einige meiner Partei»freunde« mir den Wahlsieg vom 19. November nicht verziehen haben. Sie waren auf Niederlage programmiert.“

„Der Finanzminister [Helmut Schmidt] habe damals zu denen gehört, meinte Brandt 1981 im Gespräch, die ihm seinen großen Wahlsieg 1972 eifersüchtig missgönnt und deshalb »nie verziehen« hätten. Noch wichtiger als Schmidt [...] nämlich von »zentraler Bedeutung« im Negativen sei Herbert Wehner gewesen. Er habe ihm Briefe Honeckers vorenthalten und damit sein Vertrauen enttäuscht.“ Ooch.

Ohne Sinn für's Große Ganze suchte Brandt nach einer Erklärung für die feindselige Haltung der guten Partei»freunde«: „Das Verhältnis zu Wehner war nicht einfacher geworden. Die Zugehörigkeit zur Bundesregierung, als Minister für Gesamtdeutsche Fragen, hatte ihm, der – vergangenheitsbedingt – Anerkennung suchte, viel bedeutet.

Vermutlich empfand er es, vom staatspolitischen Rang her, als Rückstufung, was ich als Auszeichnung und Vertrauensbeweis ansah; der Fraktionsvorsitz war für mich – neben dem Amt des Kanzlers – die politisch schwergewichtigste Funktion.

Ich hatte an eine kollegial-kritische Begleitung gedacht, nicht an die durch Krankheit verzerrte Gegnerschaft eines Weggefährten; er fand in mir nicht die Figur, die er Launen und Eingebungen folgend, verschieben konnte.“

Einträchtig im Boot mit den ausschlaggebenden Leuten der Koalition saßen auch die ausschlaggebenden Leute aus der CDU/CSU-*Opposition*:

„Barzel deutete, unter vorsichtiger Berufung auf die FDP-Führung, schon 1972 an, bei Zustimmung zu den Verträgen falle die »Klammer der bestehenden Koalition« weg.“ Da war sich Brandt aber nicht völlig sicher: „Oder war statt »Klammer« sogar von »Fessel« die Rede? Es war ja auch nicht so, als sei jeder führende Freidemokrat zu jeder Zeit ein führender Ostpolitiker gewesen.“ In einer Hinsicht hatte er natürlich vollkommen Recht – zumindest war nicht jeder ein Ostpolitiker nach seinem Geschmack.

Erhaschen wir noch ein Streiflicht aus dem Bonn jener Tage: „Brandt glaubte, dass Wehner spätestens seit dem grandiosen Wahlsieg im November 1972 auf den Kanzlersturz hinarbeitete.

Dem amerikanischen Journalisten Binder vertraute er an: »Er wollte mich weghaben seit 1972, und ich Arsch . . . « Eine Pause. »Ich habe es nicht erkannt.«“ Und nicht nur dies. Er hat vor allem nicht erkannt, warum. Der Spätzünder Brandt hatte von nun an das Empfinden, dass er sich „nach den vielen Pannen, Versäumnissen und Anfeindungen seit dem Nov. 72 nicht mehr auf solidem Grund befände“. Bis dahin hatten seine lieben „Parteifreunde“ noch den Schein gewahrt und nur im Stillen auf eine göttliche Fügung gehofft. Als Gott dann aber nicht in das Geschehen eingriff, schritten sie selbst zur Tat. Dabei kam ihnen die nächste Fehlentscheidung des Ost-Berliner Spionagechefs Markus Wolf entgegen: „Noch am Tag des Wahlerfolgs fiel die Entscheidung, dass Guillaume beim Kanzler bleiben sollte.“

## Die Bombe wird scharf gemacht

Hatte man 1969 noch den Ausgang der Wahl abgewartet, bis 007 nach Bonn gebeten wurde, so holte man ihn diesmal schon im Vorfeld der Neuwahlen ein ganzes Stück näher an den einsamen Eisbären heran. Schneller als gedacht war er ganz weit oben: „Rasch stieg er innerhalb des Amtes auf. Bereits sechs Monate später [Ende des Jahres 1970] war er Referent, ohne dass sich seine Funktionen dadurch wesentlich erweiterten. Das änderte sich erst im Herbst 1972, als er in das Persönliche Büro des Bundeskanzlers versetzt wurde, das Ministerialdirigent Reinhard Wilke leitete und dem außer ihm Wolf-Dietrich Schilling, ein Vortragender Legationsrat, und der Angestellte Peter Reuschenbach angehörten.“

*Die Welt* ließ die Schar ihrer Leserinnen und Leser am 6. September 1975 vor Neid erblassen: „Aus der Gruppe BAT II a stieg er am 16. 12. 1970 in die Tarifgruppe 1 b auf. Innerhalb von zwölf Monaten also, wenn die Beamtenhierarchie zugrunde gelegt wird, eine Beförderung vom Regierungsrat zum Oberregierungsrat. Das schaffen Akademiker frühestens in zwei Jahren.“ Dieser Aufstieg ohne jegliche Vorbildung hat nun leider weder diesen Agenten G. noch den Agentenführer Wolf hellhörig werden lassen. Erst nach einem Zwischenfall 1973 (!) in Bonn hatte Markus Wolf nach eigenem Bekunden das Gefühl, er müsste jetzt seinen Vorgesetzten, Erich Mielke, davon in Kenntnis setzen, dass er jemanden beim Kanzler in Bonn am schönen Rhein hat.

Aber bleiben wir erst einmal im Herbst 1972: „Reuschenbach stammte aus der SPD-Bundesgeschäftsführung und war im Kanzleramt für die Verbindungen zu Partei und Fraktion zuständig, soweit sie Willy Brandt als SPD-Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten betrafen. Während des Wahlkampfes 1972 vertrat ihn Guillaume, da Reuschenbach für den Bundestag kandidierte. Als dieser am 19. November gewählt worden war, übernahm Guillaume auf Grund einer Hausanordnung des Kanzleramtes vom 30. November seine Stelle, nunmehr bezahlt nach BAT Ia, was ungefähr dem Gehalt eines Regierungsdirektors

entsprach. [...] Schilling war der Einzige, der später vor der Guillaume-Untersuchungskommission aussagte, dieser Mann sei ihm zutiefst unsympathisch gewesen: kumpelhaft und aufdringlich, unverfroren, immer neugierig (ohne dazu aufgefordert zu sein, sah er in alle Akten hinein!) – ein Flegel, ohne Manieren. Alle anderen in Guillaume's Umgebung schienen ihn zu mögen, nahmen ihn freilich nicht wichtig. Guillaume war ein Gehilfe, kein Gesprächspartner. Im Urlaub fegte und wischte er von sich aus sogar die Küche.

Bei seiner Versetzung ins Bundeskanzlerbüro hatte eine erneute Sicherheitsüberprüfung nicht stattgefunden, weil bereits im Juli 1970 geprüft worden war, ob Guillaume Einblick in streng geheime Unterlagen erhalten dürfe.“ Ich hoffe, Herr Schilling hat das frei erfunden, als er sagte, dass der Günter in Akten hineingeschaut hat, während andere Leute im Zimmer waren. Bitte.

Wie wurde dem armen Opfertier der bevorstehende Karrieresprung verkauft? Hören wir Herrn Guillaume selbst: „Der Wahlkampf setzte früh ein. [...] Ich steckte in den Monaten davor mit Leuten aus den Hauptvorständen der großen Gewerkschaften zusammen, um bei ihnen zu sondieren, was sie und ihre Anhängerschaft unter »Lebensqualität« denn nun verstünden. Gemeinsam erarbeiteten wir Prüfsteine für das Wählerreferendum. Da kam Peter Reuschenbach zu mir herüber und vertraute mir an, dass er selber für den Bundestag kandidieren wolle. In Essen war aus Altersgründen ein sicherer Platz frei geworden. Reuschenbach wollte die Chance für eine selbstständige politische Karriere nutzen. In aller Harmlosigkeit gratulierte ich ihm zu seinem Entschluss. Ich machte noch einen kleinen Witz: Essen, die rote Stadt an der Ruhr, war für die SPD bei Wahlen eine ebensolche Bank wie der HSV bei einem Fußballspiel gegen die Amateurläufer von Bergedorf. Doch Reuschenbach druckste herum. Was ihm Sorge machte, war die Reaktion Willy Brandts auf seine Pläne. Der Kanzler könnte sich mitten in den Vorbereitungen auf den Wahlkampf von seinem Referenten im Stich gelassen fühlen. Dazu muss man wissen, dass der Parteireferent des Kanzlers, laut Stellenplan des Bundeskanzleramts zuständig für die »Verbindung zu Partei und Fraktion, soweit der



Bundeskanzler als Parteivorsitzender und Abgeordneter des Deutschen Bundestages betroffen« war, vor Wahlen praktisch als Wahlkampfleiter des kandidierenden Kanzlers agieren musste. Er hatte alle Termine festzulegen, musste die Route der Wahlkampfreisen zusammenstellen, Redematerial besorgen, Begegnungen mit dem Wählervolk organisieren, dabei den Kanzlerkandidaten in Form und Stimmung halten, deshalb eine gute Presseresonanz bestellen und hatte zu guter Letzt für eine brauchbare Rückkoppelung über die Meinungsforscher zu sorgen. Die Methode hatte man sich von den US-amerikanischen Wahlen abgeguckt. Der Parteireferent war der Motor des Wahlkampfstabes. »Was soll ich machen?« sagte Peter Reuschenbach zu mir. »Es wäre gut, wenn du für mich einsteigen würdest.« Dann wundere ich mich nicht darüber, dass es später hieß, die SPD-Führung sei bei dieser Wahl „auf Niederlage programmiert“ gewesen.

Und der Ex-Bundeskanzler berichtete mit diesen Worten, wie Günter langsam noch näher kam: „Nach der Sommerpause '72 wechselte er in meine Nähe. Der frühere Essener Parteisekretär Peter Reuschenbach kandidierte für den Bundestag und hatte sich sehr dafür eingesetzt, durch Guillaume erst vertreten und danach ersetzt zu werden. Der fiel durch äußerliche Korrektheit und knappe Antworten auf. [...]“

Als Reuschenbach '72 ausschied und Guillaume bereitstand, habe ich eher beiläufig nachgefragt, ob da nicht etwas gewesen sei, was man sich noch einmal anzuschauen habe. Reaktion aus meinem Amt: Alles sei in Ordnung; es komme immer wieder vor, dass gegen Landsleute aus der DDR unhaltbare Vorwürfe erhoben würden. Schließlich habe sich der Mann in Frankfurt bewährt.“

Die Brandt-Biographin Barbara Marshall schrieb völlig nichtsahnend: „Manche Aspekte im Vorgehen der Sicherheitsorgane erschienen schon den Zeitgenossen und auch Brandt persönlich als fragwürdig, wie beispielsweise das enge Verhältnis zwischen dem Chef der Sicherheitsbehörde, Nollau, und Wehner. Nollau verdankte Wehner seinen Posten und versorgte diesen während der Krise eher und besser mit Informationen als den Kanzler und seinen Stab. Auch die Zusammen-

arbeit zwischen Kanzleramt und Innenministerium in dieser Phase erweckte nicht den Eindruck, dass hier ein geschlossenes Team am Werk war.“ Vorausgesetzt, man antizipiert ihre Loyalität gegen ihren Kanzler. Denn sonst erweckt diese Nummer von A bis Z den Eindruck, dass hier ein geschlossenes Team am Werke war. Geschlossener, als es von einer Demokratie allgemein erwartet wird. Als Brandt die Segel längst gestrichen hatte, grübelte er: „Wenn ein gravierender Verdacht vorlag, hätte der Agent nicht in meiner unmittelbaren Nähe belassen werden dürfen und hätte man ihn in eine andere, gut zu observierende Stelle verschieben oder sogar befördern müssen.“

„Das Duo Wehner–Nollau hat sich in der Guillaume-Affäre weder als effektiv noch als hilfreich erweisen können“, meinte Brandt in seinen *Erinnerungen*, und er hatte offenbar nicht den Verdacht, dass das Duo sowohl effektiv als auch hilfreich war, wenn auch gegen ihn. Das war selbstredend nicht besonders erfreulich. „Nollau, Jahrgang 1911, in Dresden aufgewachsen, 1950 nach West-Berlin geflüchtet, gilt als das Geschöpf Herbert Wehners. Unter dessen Druck ist er am 1. Mai 1972 zum obersten Herrn des Verfassungsschutzes aufgestiegen; sein Vorgesetzter Genscher weiß um das besondere Verhältnis.“

Brandt machte sich selbst später schwere Vorwürfe: „Gewiss muss ich mich fragen, ob ich leichtgläubig gewesen sei. Ein solcher Eindruck wird sich vermutlich festsetzen. Nur müsste man dann wissen, dass G. als »besonders zuverlässig« ins Kanzleramt vermittelt worden war und dass er eine besondere Überprüfung hinter sich hatte, als er ins Kanzlerbüro übernommen wurde.“ Später berichtete Brandt: „Meine Gutgläubigkeit war durch besondere Eigenschaften genährt worden: Er gab sich nicht als eigentlich politischer Gesprächspartner, sondern als zuverlässiger Adjutant; er war kein geistiges Gegenüber, wohl aber ein tüchtiger und ordnungsliebender Techniker.“

Was sagen Sie zu diesem liebevollen Beitrag des populären Politologen Arnulf Baring? „Es ist kaum zu bezweifeln, dass Günter Guillaume Willy Brandt sehr mochte, ja ihn verehrte. Er war aufrichtig von jenen

Gefühlen der Zuneigung erfüllt, die Täter oft an ihre Opfer bindet. Jedermann kennt das aus vielen Kriminalromanen, aus Spionage-Geschichten. Guillaume war eben Agent und Gefolgsmann in einem, wollte beiden Seiten seiner Existenz nach besten Kräften gerecht werden. Wer diesen Persönlichen Referenten des Regierungschefs damals erlebt hat – im Kanzleramt, im Wahlkampf-Sonderzug oder auch beim norwegischen Sommerurlaub 1973 –, hält durchaus für möglich, dass dessen Einsatz für Brandt mehr war als nur ein Täuschungsmanöver, nämlich der Ausdruck einer anderen, zweiten Loyalität, die vielleicht längst stärker geworden war als die erste: die Bindung des Agenten an seine Auftraggeber. Schließlich war Guillaume seit fast zwei Jahrzehnten im Westen.“ Jedermann kennt das. Aus Spionage-Geschichten.

Welche fiesen Absichten verfolgte Guillaume in der Bundesrepublik? „Als politischer Aufklärer wollte ich mithelfen, unsere Friedenspolitik zu aktivieren. Eine andere Aufgabe ist mir auch nie übertragen worden.“ Sein zeitweiliger Vorgesetzter Willy Brandt sagte in dieser Frage: „Tatsächlich schien sich Guillaumes Berichterstattung im Wesentlichen in sozialdemokratischem Parteiklatsch erschöpft zu haben. Doch nach relativierenden Betrachtungen, die womöglich als bagatellisierend hätten missverstanden werden können, war mir nicht zumute.“ Wir wollen das auch gar nicht bagatellisieren. G. G. war nun bei W. B. Der großartige Hubertus Knabe erzählte die Saga von Aufstieg und Fall des 007 G. zu Ende: „Das Heldenepos, das in Wahrheit eher einer Tragödie glich, wurde von den Verantwortlichen der SED bis zum bitteren Ende gespielt. Als der ehemalige Kanzleramtsspion am 10. April 1995 verstarb, glich seine Beerdigung auf dem Friedhof von Marzahn fast einem Staatsbegräbnis – mit dem Unterschied, dass die Trauergäste ihre hohen Ämter in der DDR durch die Friedliche Revolution allesamt verloren hatten. Auch Wolf, der niemals strafrechtlich dafür zur Verantwortung gezogen wurde, dass er Guillaume und Tausende andere in das Spionagegeschäft des Staatssicherheitsdienstes verstrickt hatte, ließ es sich nicht nehmen, demonstrativ an seinem Grab zu erscheinen. Ein spärlicher Blumenstrauß war das letzte, was er dem Kanzleramtsspion mit auf den Weg zu geben hatte.“

## Horst Ehmke wird in Bonn vom Spieltisch gestoßen

Gute Gelegenheiten darf man sich auf keinen Fall entgehen lassen. Eine solche Gelegenheit bot sich geradezu an, als Brandt für längere Zeit ins Krankenhaus musste. Nach den Ministern Möller und Schiller wurde nunmehr endlich auch Herr Minister Ehmke aus der Zentrifuge geschleudert. Sie erinnern sich vielleicht noch daran, dass sich Horst Ehmke schon 1970 den Unwillen der Antifaschisten zugezogen hatte, als er aufzuklären versuchte, was es mit der illegalen Spionage des BND Reinhard Gehlens im Inland auf sich hatte. Damals war bis zu Strauß' Drohung gegen den Ehmke, „wenn ihm sein Leben etwas wert sei, solle er die Finger von gewissen Akten lassen“, mit allen Bandagen verhindert worden, dass Ehmke dem Info-Netz der Verschwörer vom 20. Juli 1944 auf die Schliche kam. Und an Wehners Wunsch, Typen wie Ehmke das Genick zu brechen, erinnern Sie sich sicherlich auch noch.

Der letzte Stein des Anstoßes war wohl, dass er die BND-Dienststelle 923 auflösen ließ. „Unterstellt war die Dienststelle 923 dem Leiter der operativen Beschaffung (Abteilung I) seit Juli 1968, Kurt Weiß, der sich überdies zehn besonders wichtige Quellen selbst vorbehalten hatte. Sein Intimverhältnis zu den Medien ist auch öffentlich geworden. [...] Diese Beschaffungsdienststelle 923 hatte 1970 den Umfang eines kleinen Referats. Untergebracht war sie in einer Außenstelle im Allianz-Haus am Münchener Romanplatz. Der Versuch, sie zu rekonstruieren, ergibt folgendes Bild:

An ihrer Spitze stand der Beamte ELZE (Besoldungsgruppe A 15), der bürgerlich E. Böhm hieß. Der Dienststellenleiter, Jahrgang 1921, war zugleich Pressesonderversicherungsführer für 54 Quellen. Als sein Stellvertreter fungierte HEIDEGGER, der 1967 von der Bundespost zum BND gewechselte Dr. Paul Münstermann (A 14), der 17 Quellen betreute. Als Beamte im Pullacher Innendienst waren FRISTER (A 10) und WALLER (A 6) eingesetzt, dazu der leitende Angestellte WALLNER (BAT II b). [...] An sogenannten Einsatzausgaben, das heißt an Unkosten für Honorare, Prämien und Spesen für die journalistischen Quellen, wendete 923 pro Jahr etwa eine Viertelmillion DM auf. Zum September 1972

wurde diese Dienststelle von BND-Präsident Gerhard Wessel aufgelöst.“ Ich gehe doch sicherlich recht in der Annahme, dass sie nur für elf Wochen aufgelöst wurde. Dann war Bundestagswahl und man konnte weitermachen wie bisher. Und zur Strafe wurde nach der Wahl der Chef des Bundeskanzleramtes, Horst Ehmke, aufgelöst.

Über den Kollegen, den Brandt deshalb nicht wieder in seiner Nähe unterbringen konnte sagte der populäre Politologe: „Am Ende waren alle gegen Ehmke. Selbst einem so urbanen, gelassenen Menschen wie Walter Scheel gingen seine Kompetenzen auf die Dauer viel zu weit. Aber auch Herbert Wehner, zu dem Ehmke regelmäßig jeden Montag zum Frühstück auf den Heiderhof ging, um dabei die laufenden Vorhaben zu besprechen, fand ihn immer schwerer zu ertragen. Horst Ehmke fehlte eben Augenmaß – für seine eigene Bedeutung wie für seine politischen Chancen; daher war er auch unklug genug, sich für einen ernsthaften Konkurrenten Helmut Schmidts zu halten. Schmidt, der sich gleichfalls um alles kümmerte und schon damals für allzuständig hielt, war Ehmkes Macht und vor allem die Mentalität, mit der er sie ausübte, ein ständiger Dorn im Auge.

Zwischen den beiden herrschte daher immer eine gereizte Stimmung. Wie Schmidt über Ehmke, so beklagte sich auch Ehmke über Schmidt beim Bundeskanzler. Seit er sogar Schiller ersetzt hatte, fand Ehmke, wären Schmidts Befugnisse unerträglich groß geworden. [...] Ehmkes zahlreiche Auseinandersetzungen mit Schmidt gaben den letzten Anstoß zu seinem Ausscheiden nach den Novemberwahlen 1972. [...]

Zwar besaß manch einer (etwa Egon Bahr, der ihn zeitweilig vertreten hatte) insgeheim Verständnis für den umtriebigen Kanzleramtsminister. Für einen Vollblutpolitiker, das gab man zu, sei das Amt eine schrecklich frustrierende Angelegenheit. [...]

Wer die mächtige Front betrachtet, die er gegen sich aufgebracht hatte – in der Bundesregierung wie bei der Bonner Bürokratie, in der SPD-Fraktion wie bei der FDP, bei Scheel wie bei Schmidt und Wehner –, wird kaum daran zweifeln, dass er seit langem keine Chance mehr hatte. Brandt, der an der Spitze des Amtes einen Mann sehen wollte, der alles und alle integrierte, ließ aber auch bei der Nachfolge Ehmkes

die Dinge treiben, ließ auf sich zukommen, was andere nach Gutdünken für ihn auswählten. Egon Bahr, sonst ohne persönlichen Ehrgeiz, sah hier eine Möglichkeit, seine unbedingte Loyalität zu Brandt öffentlich zu beweisen und gleichzeitig durch ein Amt abzustützen. Er wollte daher Ehmkes Nachfolger werden.“ Doch Brandts Vertrauter aus den Jahren in West-Berlin wurde es nicht, weil Ehmke einen übertriebenen Wert auf einen ordentlich aufgeräumten Schreibtisch legte. Er hat den Putzfimmel teuer bezahlt; das erste Opfer nach ihm wurde der Kanzler Brandt und das zweite wurde dessen Sonderminister Bahr.

„Weil Bahr ein »Akten-Chaot« sei, schlug Ehmke statt seiner Dietrich Spangenberg vor, was wiederum Bahr hintertrieb; denn Spangenberg war, aus nicht ganz erklärlichen Gründen, sein Intimfeind aus gemeinsamen Berliner Zeiten. Zwischen beiden Männern bestand seit langem eine wechselseitige Distanz, die keine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Kanzleramt erwarten ließ. So fiel die Wahl auf einen anderen Berliner, auf Horst Grabert, der als guter, zuverlässiger, auch verwaltungstechnisch versierter Mann galt, jedenfalls von Bahr so geschildert wurde.

Graberts lautlose Art als Berliner Senator für Bundesangelegenheiten seit 1969 unterschied ihn so völlig vom geräuschvoll-selbstbewussten Ehmke, dass er auch anderen zunächst als idealer Koordinator der Regierungsarbeit erschien. War Grabert, erinnerte man sich, nicht immer sehr geschickt mit dem kapriziösen AA umgegangen, hatte sich als sensibler Gesprächspartner dieser besonders mimosenhaften Ministerialverwaltung erwiesen?

Hatte er nicht auch ostpolitisches Fingerspitzengefühl gezeigt, als er 1971 mit Hilfe des Berliner Wirtschaftssenators Karl König und dessen DDR-Kontakten die erste Postvereinbarung mit der DDR zustande brachte, die nach neunzehn Jahren der Unterbrechung des innerstädtischen Telefonnetzes zur ersten Schaltung neuer Leitungen zwischen Ost- und West-Berlin seit 1952 sowie zu einer Vermehrung der Leitungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik führte? Das alles empfahl ihn. Aber im Kanzleramt waren ein weiter Blick, beträchtliche Intelligenz und Effizienz gefordert; hier war eine andere Gangart von-

nöten als bei der Verwaltung vergleichsweise provinzieller Aufgaben. Wahrnehmung, Fleiß ohne Inspiration, eine eher beschauliche Arbeitsweise genügten nicht. So musste selbst Egon Bahr, der Grabert vorgeschlagen hatte, später zugeben, als Chef des Bundeskanzleramts sei er sicher nicht die glücklichste Wahl gewesen. Andere urteilten schärfer. Grabert sei ausgemachtes Mittelmaß, sei schnoddrig und obendrein opportunistisch, also kein zuverlässiger Ratgeber gewesen. Ehmke, der seinen Nachfolger verständlicherweise besonders scharf beobachtete, hielt ihn schlicht für eine Katastrophe.“ Das war dann wohl Scheels Masche, der auch monatelang eine neue Außenpolitik sabotiert hatte, indem er sein Auswärtiges Amt „monatelang nicht im Griff“ hatte.

Von Horst Ehmke stammte zum Beispiel auch diese Fehleinschätzung: „Willy Brandt war ein Chef von so großer Autorität, dass er sich leisten konnte, seine Mitarbeiter selbstständig arbeiten zu lassen.“ Um Gottes Willen, nein. Von dem alten Genossen Uljanow alias Lenin haben wir gelernt, dass Vertrauen gut ist, aber Kontrolle besser. Horst Ehmke vermutete ja wohl auch ernstlich, Conrad Ahlers, der Mann, der mit einem süßen kleinen Artikel die *Spiegel*-Affäre ausgelöst hatte, habe sich versprochen, als er den Eingeweihten mal einen richtigen Lacher verschaffte: „Die Diskussion um den »Oberminister« ließ mich dabei in der Rolle eines politischen Einpeitschers erscheinen.

Conny Ahlers verstärkte das mit einem Versprecher auf einer seiner ersten Pressekonferenzen. Er titulierte mich statt mit »Chef des Bundeskanzleramtes« mit »Chef des Bundeskanzlers«.

»Jetzt kommt der Chef« oder »Der Chef persönlich« tönte es mir danach von den Oppositionsbänken entgegen, wenn ich in eine Debatte eingriff. Willy Brandt störte das im Gegensatz zu mir überhaupt nicht. Niemand hatte Zweifel, wer der Chef sei. [...]

Die Arbeitsteilung hatte aber einen Haken. Zeigte Brandt Schwächen, etwa indem er sich von der Union provozieren ließ und aus seiner Rolle fiel – etwa indem er ihr androhte, wenn sie so weitermache, werde geholt – musste ich zu Hilfe eilen. Strauß rief dann nicht »Jetzt kommt der Chef«, sondern »Jetzt kommt die Ambulanz.«“ Sehr lustig. Mehr Menschenkenntnis als Brandt hatte wohl auch Ehmke nicht.

„Die Erkrankung des Kanzlers zeitigte sofort nach dem 19. November unmittelbare Auswirkungen. Brandt konnte nicht sprechen, lag in entscheidenden Tagen unbeweglich und abgeschirmt im Krankenhaus. Nur phasenweise nahm er an den Koalitionsverhandlungen teil. Deshalb hatte er auf die Regierungsbildung nicht den Einfluss, den er an sich hätte haben müssen.“ So hielt es der Informant Baring fest.

Wie war es zu der glücklichen Fügung gekommen? „In die Obhut der Universitätsklinik war ich geraten, weil ich seit einiger Zeit unter Halsbeschwerden litt, mir auch das Reden immer schwerer wurde“, so hielt es der Ex-Kanzler in den *Erinnerungen* fest. „Hinweise, die Bildung einer neuen Regierung betreffend, gab ich schriftlich. Mit ebenso unerwünschten wie unangenehmen Folgen. Ich schickte über den Chef des Kanzleramtes [jenen Horst Ehmke] einen längeren Vermerk an den Fraktionsvorsitzenden der SPD [Herbert Wehner] zugleich zur Unterrichtung meines zweiten Stellvertreters im Parteivorsitz.

Der Vermerk, so hieß es später, sei verlegt worden, zwischendurch in einer dicken Aktentasche verschwunden. Eine Rückkoppelung der Gespräche, die in meiner Abwesenheit mit dem Koalitionspartner geführt wurden, gab es nicht.

Die Weichen wurden in zweierlei Hinsicht anders gestellt, als es meinen Vorstellungen entsprach. Zum einen ging es um das Kanzleramt, das zu schwächen weder freundlich noch vernünftig war und möglich nur, weil ich selbst meinen Teil beitrug. Im vorausgegangenen Sommer hatte ich Helmut Schmidt telefonisch aus der Türkei zurückgebeten, um ihm nach Schillers Rücktritt die Doppelverantwortung für die Ressorts Finanzen und Wirtschaft anzutragen; er sagte ja und wünschte, als Beigabe gleichsam, dass Professor Ehmke nach der Wahl abgelöst würde. Er war Chef des Bundeskanzleramts, seine intellektuelle Fähigkeit nirgends bestritten. Doch die Ressortchefs hielten ihn für eigenmächtig. Ich entsprach Schmidts Wunsch, und Ehmke übernahm ohne Groll das wichtige Forschungsministerium. Ich hätte mich, nach diesem Wahlausgang, an die einmal gegebene Zusage besser nicht gehalten und Ehmke belassen, wo er hingehörte – in die Zentrale. Ehmkes Abgang folgte ein weiterer, der ebenso unzweckmäßig war; der Spre-



cher der Bundesregierung hatte sich in den Bundestag wählen lassen. Beiden, Ehmke wie Ahlers, war die gleiche Art eigen, Können mit unkonventionellem Vorgehen zu verbinden.

Sein Stellvertreter, der zum Chef des Presseamts aufrückte, brachte gute Voraussetzungen mit; doch da Rüdiger von Wechmar dem Koalitionspartner zuzurechnen war, k Reideten mir Parteifreunde an, ich hätte eine Schlüsselposition preisgegeben. Zum anderen kam die regierungsinterne Balance durch Abmachungen ins Rutschen, die während meiner Krankheit getroffen wurden und die zu korrigieren über meine geschwächte Konstitution ging.“

Arnulf Baring wusste jedoch noch wesentlich mehr: „Auch im Verhältnis zu seinen Stellvertretern verlor Brandt in diesen Novembertagen spürbar an Boden. Helmut Schmidt und Herbert Wehner hielten sich zwar während Brandts Klinikaufenthalt an die von Professor Becker vorgebrachte Bitte, den kranken Kanzler zu schonen, deuteten diesen ärztlichen Rat aber sehr zu ihren eigenen politischen Gunsten. Sie zögerten daher nicht, die Abwesenheit des Parteivorsitzenden und Regierungschefs für eigene Positionsgewinne zu nutzen. So »vergaß« Wehner glatt die ihm von Brandt [durch Horst Ehmke] übermittelten schriftlichen Anweisungen für die Koalitionsverhandlungen samt dem Durchschlag für Schmidt in seiner Rocktasche. [...]

Parallel zu den Sitzungen der Gesamtkommissionen von SPD und FDP, die (unter Einschluss von zunächst zwei, dann sogar drei Protokollführern) mit insgesamt 17 Personen einen Umfang erreichten, der weder volle Vertraulichkeit noch rasche Ergebnisse gewährleistete, traf sich ein engerer Kreis aus fünf Teilnehmern der beiden Delegationen, jeweils gesondert. Es waren Helmut Schmidt und Herbert Wehner von der SPD (der Kanzler nahm wegen seiner Erkrankung nur die Termine der Vollsitzungen wahr) sowie Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick von der FDP. In diesen Fünfer-Gesprächen fielen trotz der Abwesenheit des Regierungschefs und entgegen dessen ursprünglichen Intentionen wichtige Entscheidungen.

Vor allem Schmidt und Wehner wuchs dadurch eine Macht zu, die sie bei voller Präsenz von Brandt nicht gehabt hätten.“

„Ich hatte meinen Parteigängern *nicht* geraten, übermütig zu werden.“ Daran tat der Kanzler gut; es gelang ihm nur nicht, „seine“ Mannschaft zu führen, wie er es sich vorstellte. „Nun ging es auf der »linken« Seite zur Sache. Als ob wir allein die Mehrheit gehabt hätten, nicht weiterhin auf einen prestige- und ämterbewussten Koalitionspartner angewiesen gewesen wären und nicht auch sonst mit dem Wählerauftrag in Konflikt geraten mussten, kam der Eindruck auf, das eine oder andere zwangswirtschaftliche Experiment sei zu machen. Ich warnte vor selbstzerstörerischen und eigenbrötlerischen Tendenzen. In einem Brief aus dem Krankenhaus an die sozialdemokratischen Abgeordneten und Kabinettsmitglieder bat ich eindringlich, unser Konto nicht zu überziehen.“ Hier fiel Brandt erneut sein Demokratie-Verständnis auf die Füße. Es war ganz sicher nicht zielführend, dass er eindringlich um einen politischen Kurs bat; er hatte als Kanzler die Richtlinienbefugnis, von der er jedoch viel zu selten Gebrauch machte. Seine Gegenspieler nutzten das weidlich aus.

In einem Interview der *Berliner Zeitung* wurde der gewendete SPD-Grande Egon Bahr im Jahr 2004 gefragt: „Herr Bahr, hat die SPD nach dem Krieg jemals so im Schlamassel gesteckt wie heute?“ Worauf der ruhige Mann antwortete: „Von den Ziffern her gesehen nein.“ Auf die Nachfrage: „Von der Lage her schon?“ ließ er sich ein Wort entlocken: „1972 . . .“ Der Journalist bohrte weiter: „ . . . als der erbitterte Streit um die Ostpolitik von Willy Brandt seinen Höhepunkt erreichte . . .“

Ostpolitik, Ostpolitik, ach ja – die Ostpolitik. Stimmt, die gab es damals wirklich; und Egon Bahr zog eine Parallele: „Es gab Ratschläge, was mir mit Blick auf die heutige Zeit sehr bekannt vorkommt, doch ein bisschen vorsichtiger, ein bisschen milder zu sein, also nicht so stur auf einer Politik zu beharren, für die es keine Mehrheit gibt. Brandt hat damals so entschieden: Ich bin überzeugt, es ist richtig und es ist nötig, was ich tue. Also ist es besser, mit wehenden Fahnen unterzugehen, als in die Knie.“

## Auf dem Weg nach Helsinki

Andererseits kann man auch nicht sagen, Kanzler Brandt hätte nichts bewegt. Die Frage ist eigentlich nur, ob es ihm auch gelang, es in seine Richtung zu bewegen. Sein Innenminister Hans-Dietrich Genscher aus der FDP erinnerte sich später: „1967 hatte die NATO mit dem Harmel-Konzept bekräftigt, dass die deutsche Frage weiterhin für den Frieden in Europa von ausschlaggebender Bedeutung sei. [...]

Der seit Jahren von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt verfolgte Plan einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz wurde jetzt vom Westen aufgeschlossener geprüft. Ernsthaft aber wurde er erst ins Auge gefasst, seitdem die Regierung Brandt/Scheel von 1969 an im Zuge ihrer Ostpolitik bilateral den Weg der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, ihren Partnern und insbesondere auch mit der DDR beschritten hatte. [...] Im November 1972 wurden die Verhandlungen über die KSZE mit ihrer Außenministerkonferenz in Helsinki auf den Weg gebracht. Beide deutsche Staaten waren dabei durch ihre Außenminister, Walter Scheel und Otto Winzer, vertreten.“

Die Beteiligung von zwei deutschen Außenministern, was Brandt Ende der sechziger Jahre als gangbarer Weg erschien, um die DDR in eine Lösung der deutschen Frage einzubeziehen, wurde 1975 unter Schmidt zu einer publikumswirksamen Demonstration der Existenz von zwei deutschen Staaten. In Helsinki waren dann schließlich Erich Honecker und Helmut Schmidt vertreten, bereit, ihre Unterschriften unter die Schlussakte jener Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu setzen. Am Rande: Als ich Brigitte Seebacher nach der Vorstellung ihrer Brandt-Biographie in Berlin fragte, ob sie einen Unterschied sehe zwischen der politischen Zielrichtung von Bahrs Erklärung zum Grundlagenvertrag von 1972 und Helmut Schmidts Schlussakte von Helsinki, erwiderte mir Frau Dr. Seebacher, dass sie die Erklärung zum Grundlagenvertrag leider nicht gelesen habe. Ich fragte sie auch, wie sie darauf komme, dass Brandt vom Osten aus gestürzt werden sollte; Brandt sei doch wohl über die Spitzenköpfe der *FDPCSUSPDCDU* in Bonn gestürzt. Daraufhin sagte sie, sie sei für Kritik stets offen.

## Unter dem Mantel der Verschwiegenheit

Um Pannen bei der Ausarbeitung der zu unterschreibenden Artikel des guten Grundlagenvertrages vorzubeugen, sprach Karl Wienand (SPD) „geheim“ mit Vertretern Ost-Berlins über die zu erwartende Reaktion der Bundesregierung auf das vorliegende Verhandlungsangebot der DDR sowie über die Zusammensetzung der BRD-Delegation. Ich hoffe auf jeden Fall, er hat zumindest selbst davon gewusst, wenn das derart geheim war; Philipp Jenninger von der CDU wusste jedenfalls darüber Bescheid. Man war ja unter sich. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hieß es später: „Der ehemalige CDU-Politiker könne bestätigen, dass Wienand seine vertrauliche Verbindung zur DDR mit Wissen des langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner unterhalten habe, [...] Wehner werde bezeugen, dass ihm Wehner mehrfach berichtet habe, Wienand treffe sich in seinem Auftrag mit einem Mitarbeiter des DDR-Ministerrats.“ Ein Mitarbeiter des DDR-Ministerrats? Jetzt dürfen Sie gespannt sein, ob das jener Alfred Völkel war, der sich 1970 im Bonner Bundeshaus vorgestellt hatte.

„Im Strafverfahren gegen den früheren SPD-Politiker Wienand wegen des Vorwurfs der Spionage für die DDR ist am Montag der ehemalige Bundestagspräsident Jenninger als Zeuge gehört worden. Jenninger sagte vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf aus, er sei in den siebziger und achtziger Jahren über einen vertraulichen Kontakt Wienands zur DDR informiert gewesen. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner habe ihm mehrfach berichtet, dass sich Wienand in seinem Auftrag mit einem Mitarbeiter der DDR-Regierung treffe. [...] Der ehemalige CDU-Politiker schilderte dem 4. Strafsenat, dass er den Sozialdemokraten Wienand im Bundestag als korrekten und zuverlässigen Partner kennengelernt habe. Jenninger war im Jahre 1973 zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion gewählt worden; zu dieser Zeit hatte Wienand die gleiche Funktion in der SPD-Fraktion inne. Jenninger sagte, Wehner habe ihm im Jahre 1973 gesagt, er könne sich wegen deutsch-deutscher Fragen

mit Wienand besprechen, der in seinem Auftrag eine Verbindung zu einem Mitarbeiter der DDR-Regierung unterhalte. [...]

Die Bundesanwälte bekräftigten nach der Aussage Jennings ihre Auffassung, dass es sich bei dem Kontakt zwischen Völkel und Wienand nicht um einen der üblichen vertraulichen Gesprächskanäle zwischen der Bundesrepublik und der DDR gehandelt habe. Nur bis zum Ausscheiden Wienands aus dem Bundestag im Jahre 1974 gebe es einen »Anschein eines legalen Kontakts«. Danach habe die Verbindung zu Völkel eine eindeutige nachrichtendienstliche Qualität erhalten, mit regelmäßigen Zahlungen der DDR an Wienand.“

Was wusste eigentlich Günter Verheugen von der sogenannten SPD darüber? „Es sei falsch, die Entspannungspolitik auf eine Erpressung Wehners mit seiner Moskauer Vergangenheit zurückzuführen. Zum einen sei Wehner an dieser Politik operativ nicht beteiligt gewesen [Bei Helmut Schmidt und bei Historikern kann man finden, dass Wehner dort eine entscheidende Rolle spielte.]; zum anderen sei das Konzept der Entspannungspolitik damals in der SPD und der FDP so übereinstimmend gestützt worden, dass es einer Erpressung Wehners mit seiner Moskauer Vergangenheit nicht bedurft hätte. Die Kontakte Wienands könne er weniger einschätzen. Doch gelte für ihn zunächst die »Unschuldsvermutung«, sagte Verheugen [SPD] mit Blick auf ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft, das bisher nicht zu einer Anklage geführt hat.“ Wo könnte denn der Unterschied gelegen haben, wenn Wehner Wienand diesen Kontakt 1970 aufgedrückt hat? Und wie hatte sich wiederum der große Sponsor der Brüder in Ost-Berlin, Franz Josef Strauß aus der sogenannten CSU, im Gespräch mit dem Alexander Schalck-Golodkowski aus der SED über sein Verhältnis zu Philipp Jenninger aus der sogenannten CDU geäußert? „Jenninger sei sein Schüler. In seiner Zeit als Bundesfinanzminister sei Jenninger Abteilungsleiter gewesen, später habe er ihm einen Wahlkreis verschafft. »Das ist ein Mann, der auf mich hört.«“ Wenn hier nicht alles so aalglatt aufginge, hätte ich ja selbst schon sachte Zweifel an meiner wilden Theorie bekommen. Natürlich haben die Akteure aller Parteien Deutschland in einer konzertierten Aktion geteilt.

## **Der Grund(lagen)vertrag BRD – DDR wird unterschrieben**

Für die Zeit nach der Wiederwahl Willy Brandts durch das Publikum in der westdeutschen Teilrepublik entdeckte unser populärer Politologe Arnulf Baring „Fortschritte im Verhältnis zur DDR“. Unter dieser ganz wunderbaren Überschrift hielt er fest: „Nachdem sich Bonn und Ost-Berlin beim Regierungsabkommen über den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vom 17. Dezember 1971 und beim allgemeinen Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 über wichtige Teilfragen verständigt hatten, wurde nunmehr ein Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ausgehandelt. [...]

Der Grundlagenvertrag wurde so etwas wie die Krönung, der Triumph der sozialliberalen Ostpolitik – ganz am Ende der Legislaturperiode, in letzter Stunde.“ Was der populäre Politologe hier bejubelte, hatte mit dem Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit und Freiheit Deutschlands schon noch irgendwie zu vollenden, natürlich gar nichts mehr zu tun.

Wurde so etwas wie die Krönung, der Triumph der sozialliberalen Ostpolitik. So war das aber nicht gedacht. Als Brandt im Herbst 1969 an den Start ging, hatte er formuliert: „20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Dies ist nicht nur ein deutsches Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis.“ Darin bestand die Absicht. Ich lade meine Kritiker natürlich ein, Belege dafür zu finden, dass es Brandt damit nicht ernst gemeint hat. Wer sich vornimmt, das zu beweisen, begibt sich freilich auf dünnes Eis. Immerhin wollte ich durch die Herausarbeitung der Rolle Brandts zeigen, dass es nach dem Krieg in der Bundesrepublik zumindest hier und dort auch in höheren Chargen der Politik einzelne Demokraten gab, die das Grundgesetz als politischen Rahmen ihres Wirkens ansahen. Wer zeigt, dass Brandt nur geflunkert hat, erklärt die Bundesrepublik ausdrücklich zur nackten Diktatur. Ich kenne Wähler, die die Einheit Deutschlands wünschten.

Am 21. Dezember 1972 wurde also der Grund(lagen)vertrag zwischen der BRD und der DDR unterschrieben. Der begann dann mit schönen Worten: „Die Hohen Vertragschließenden Seiten eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa zu leisten, in dem Bewusstsein, dass die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, in der Erkenntnis, dass sich daher die beiden deutschen Staaten in ihren Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten haben, ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, geleitet von dem Wunsch, zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, sind wie folgt übereingekommen: Artikel 1 [...]“

Ein Wort will ich noch an die Freunde des Friedens in Europa richten. Den Kalten Krieg und die Raketenhochrüstung hat der Grundlagenvertrag genauso wenig beenden können wie jene Konferenz von Helsinki. Dieses kostspielige und gefährliche Spiel mit dem Leben vieler Leute wurde erst durch die Vereinigung Deutschlands beendet.

Wenn es schon ein schwieriges Unterfangen ist, Geschichte einigermaßen so aufzuschreiben, wie es vielleicht alles einmal gewesen ist, dann kann man doch zumindest von einem Experten wie zum Beispiel von Arnulf Baring erwarten, dass seine Argumentationen wenigstens in sich schlüssig sind, zumal er für seine wissenschaftliche Forschung sogar die damaligen Akteure befragen konnte. Aber schauen Sie sich das Produkt an. Während er über die ursprünglichen Intentionen der Bonner Außenpolitik, oh Verzeihung, Innenpolitik, zum Abschluss des Grundlagenvertrages postulierte, dass die Bundesrepublik die DDR „ja

gar nicht“ völkerrechtlich anerkennen wollte, schreibt er über den dann letzten Endes abgeschlossenen Vertrag: „Tatsächlich entspricht der spätere Grundvertrag weitgehend dem DDR-Vorschlag: Der Aufbau ist identisch; viele Passagen wurden im Wortlaut übernommen.“ Und warum hat Bonn keinen eigenen Vorschlag zur Prüfung in Ost-Berlin eingereicht und darum gerungen, zumindest ganz winzige Passagen davon durchzusetzen? Und warum hat man die Verhandlungen nicht abgebrochen, als man merkte, dass man sich gegen das übermächtige Ost-Berlin nicht durchzusetzen vermochte? Fragen über Fragen.

Wie schon in Moskau und in Warschau wurde auch in Ost-Berlin ein Brief der Regierung der BRD an die Regierung der DDR, datiert auf den 21. Dezember 1972, überreicht: „Im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages [...] beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Mit vorzüglicher Hochachtung Bahr“. Bis dahin ist den Gedanken zu den Briefen für Moskau und Warschau nichts hinzuzufügen. Dann kam jedoch starker Tobak. Eigenmächtig und hinterhältig fügte Egon Bahr dem Vertrag eine Erklärung hinzu, die die DDR mit einer eigenen Erklärung beantwortete.

Wie war es dazu gekommen? Egon Bahrs Schilderung macht ebenfalls deutlich, dass hier zwei Linien aufeinanderprallten, wobei sie nur sehr zärtlich aufeinanderprallen durften, weil sonst den Akteuren mit der falschen Weltsicht klar geworden wäre, dass die Vereinigung selbstverständlich nicht das Ziel aller Wünsche und Bestrebungen war: „Das Ziel unserer Politik war von Anfang an die deutsche Einheit. Unsere Grundposition lautete: Wir kämpfen für die deutsche Einheit mit friedlichen Mitteln. Der entscheidende Punkt in der Beziehung zur DDR war: Kriegen wir in den Grundlagenvertrag das Problem der Nation rein oder nicht? Das war bis zum letzten Augenblick umstritten [...] Das wollten die in Ost-Berlin nicht. Es gab darüber noch mal eine



Koalitionsrunde. Darüber haben wir diskutiert. Brandt hat in dem Gespräch gesagt: »Versuchs doch mal.« Und Wehner hat gesagt: »Daran darf es nicht scheitern.« Das war meine Weisung. Ich habe aber gegen Wehners Weisung verstoßen und dem DDR-Verhandlungspartner Dr. Michael Kohl gesagt, wenn die Frage der Nation nicht drinsteht, kann ich nicht unterschreiben. Das habe ich auf meine eigene Kappe genommen. Wenn er gekommen wäre und hätte gesagt, es bleibt bei unserer Position, hätte ich nach Hause fahren müssen. Und dann hätte ein anderer geschickt werden müssen. Daraufhin habe ich sehr gespannt 45 lange Minuten gewartet, bis er wiederkam und sagte, so können wir es machen.“

In der einen Erklärung hieß es dann: Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zu Protokoll: „Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden.“ Dieses Papier hielt bis 1989 die deutsche Frage offen und verhinderte die endgültige Ankunft der Ostdeutschen in Asien. Helmut Schmidt traute sich an dieses Stück Papier nicht ran, weil sonst dem letzten Dummen klar geworden wäre, warum Brandt 1974 den Spieltisch verlassen musste. Helmut Kohl konnte sich nicht herantrauen, weil die CDU im Rahmen des großen Rollentausches nun die Wiedervereinigung bis nach Breslau und Memel propagiert hat. Da ging es selbstredend nicht an, Egon Bahrs Brief zur ungeklärten Frage der Staatsbürgerschaft auszuhebeln. Ab 1982 blieb nur die Hoffnung auf einen erneuten Wahlsieg der SPD. In der Ost-Berliner Erklärung hieß es: „Die Deutsche Demokratische Republik geht davon aus, dass der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen erleichtern wird.“ So war es am 8. November 1972 im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung nachzulesen. Walter Scheel wurde dann 1973 mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet und nach dem Abschluss dieses Grundlagenvertrages „kühlt Walter Scheel das Verhältnis der FDP zu Brandt ab“. Das ist Brandt nicht entgangen: „Im Laufe des Jahres '73 wurde erkennbar, dass Getreue, an deren Unterstützung mir liegen musste, auf Distanz gingen.“ Ein Schnellmerker.